

## **Vorbemerkung zur Arbeitsfassung: (Stand: 07. April 2017)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte an unserer Programmdiskussion,

DIE LINKE Niedersachsen führt eine Tradition fort, die sich schon bei der Erarbeitung der Wahlprogramme zu den Landtagswahlen 2008 und 2013 sowie bei der Erstellung des Kommunalwahlrahmenprogramms 2016 bewährt hat:

### **– Die Entwicklung des Parteiprogrammes von der Basis aus.**

Der niedersächsische Landesausschuss der LINKEN – das höchste Parteigremium zwischen den Parteitaggen – hat im Herbst 2016 eine Arbeitsgruppe gewählt, die die Strukturierung zur Entwicklung des LINKEN Wahlprogramms für die kommenden Landtagswahlen vornehmen soll.

Diese Arbeitsgruppe hat im Januar und Februar 2017 an 5 Orten in Niedersachsen dezentrale „world-cafes“ mit insgesamt rd. 150 Teilnehmerinnen sowohl aus der LINKEN als auch von außerhalb der Partei organisiert, in dem 6 inhaltliche Themenblöcke mit Leben gefüllt wurden:

- Für ein soziales Niedersachsen
- Für ein friedliches Niedersachsen
- Für ein gebildetes Niedersachsen
- Für ein demokratisches Niedersachsen
- Für ein gerechtes Niedersachsen
- Für ein ökologisches Niedersachsen

Die Arbeitsgruppe hat die Ergebnisse aus den „world-cafes“ genutzt, daraus einen Vorentwurf erstellt und diesen Ende Februar 2017 in die Diskussion des LINKEN Landesvorstandes sowie diverse Facharbeitsgruppen gegeben. Die Rückmeldungen und Konkretisierungen sind nun in den vorliegenden Arbeitsentwurf vom 02.04.2017 eingeflossen, der jetzt an EUCH – die Initiativen, Gewerkschaften und Parteimitglieder geht.

### **Wie geht es jetzt weiter?**

- **Am Sa., 29.04.2017 ab 10.30 Uhr** findet der **Große Niedersächsische Ratschlag** zum Entwurf des LINKEN Landtagswahlprogramms **im Tagungszentrum Krokus am Kronsberg in Hannover** statt (siehe gesonderte Einladung).

Dort wollen wir mit Euch in Arbeitsgruppen diesen Arbeitsentwurf weiter verbessern und konkretisieren.

- **Die Programmgruppe** wird dann in der ersten **Mai-Woche 2017** die Anregungen und Ergebnisse des Ratschlags für die Überarbeitung der Arbeitsfassung nutzen und den neuen Entwurf

umgehend in die Partei und an Interessierte zur weiteren Diskussion geben.

- Auf dem **Landesparteitag am 20.05.2017 in Braunschweig, ab 10.30 Uhr** soll dann endgültig ein **LINKES Landtagswahlprogramm** verabschiedet werden, auf dessen inhaltlicher Basis einen Tag später, **am 21.05.2017** ebenfalls **in Braunschweig die Niedersächsische Landesliste der LINKEN** für die **Landtagswahl am 14.01.2018** aufgestellt werden soll. (gesonderte Einladung folgt).

Ihr seht, ein sehr ehrgeiziges und zeitintensives Programm, dass wir mit Eurer Hilfe schaffen wollen – **und werden!**

Dafür schon mal Besten Dank an Euch alle von der Arbeitsgruppe:

*Tina Flauger, Anja Stoeck, Ursula Weisser-Roelle, Hans-Henning Adler, Herbert Behrens, Michael Braedt, Daniel Josten; Victor Perli*

# Entwurf für ein LINKES Landtagswahlprogramm 2018-2023

Arbeitsfassung: Stand:07. April 2017, 15.00 Uhr

## Inhalt

Vorwort .....	3
Für ein soziales Niedersachsen.....	1
Gerecht geht anders – soziale Sicherheit für alle .....	1
Gute Arbeit ist unbefristet, tariflich entlohnt und mitbestimmt.....	2
Kultur von allen und für alle .....	4
Gesundheit und Pflege .....	5
Drogenkonsum entkriminalisieren .....	7
Wohnen ist ein Menschenrecht .....	8
Barrierefreies Niedersachsen – selbstbestimmte Behindertenpolitik.....	10
Sichere Renten für Alle.....	12
Für ein jugendfreundliches Niedersachsen .....	13
Für ein gerechtes Niedersachsen .....	14
Geschlechtergerechtigkeit geht anders: Politik für Frauen und Männer.....	14
Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homosexuellen- und Transidentitätsfeindlichkeit.....	16
Ländlicher Raum – Entfaltung und lebendige Dörfer statt Armut und Verödung.....	17
Gerechtigkeit: Vor und nach Gerichtsurteilen.....	18
Geld ist genug da .....	19
Für ein gebildetes Niedersachsen.....	21
Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht– frei zugänglich, ein Leben lang .....	21
KiTA: Auf den Anfang kommt es an .....	22
Schule: länger gemeinsam lernen unter besseren Bedingungen .....	23
Ausbildung – alle brauchen einen Platz .....	25

Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und arbeitnehmerInnenfreundlich.....	26
Studium – Bildung mündiger Menschen ohne soziale Hürden .....	27
Demokratisches Niedersachsen .....	28
Mehr Demokratie wagen .....	28
Finanzieller Zwang schränkt Demokratie ein .....	29
Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums.....	31
Freiheit braucht Gleichheit beim Zugang zu digitalen und analogen Medien .....	32
Sicherheit ohne Überwachungsstaat.....	33
Für ein friedliches und weltoffenes Niedersachsen .....	34
Wir sind ALLE hier zu Hause! .....	34
Asyl ist ein Menschenrecht .....	36
Antifaschismus: Gemeinsam für Verbesserung statt Spaltung von Rechts .....	38
Europa .....	40
Der Frieden als A und O unseres Wirkens.....	41
Niedersachsen als Friedensstifterin.....	42
Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit .....	43
Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden .....	43
Für ein ökologisches Niedersachsen.....	44
Den unverzüglichen Atomausstieg realisieren .....	44
Die Energiewende beginnt vor Ort .....	45
Verkehrspolitik: Mobilität für alle – unverzichtbar für soziale Gerechtigkeit .....	48
Soziale und ökologisch orientierte Landwirtschaft stärken .....	50
Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Schutz und Beratung.....	52
Niedersachsen – im Einklang mit der Natur.....	53

# Vorwort

Wir wollen alle in einem Land leben,

- in dem wir gute Löhne für gute Arbeit bekommen,
- die Steigerung der Arbeitsproduktivität dafür genutzt wird, die Arbeitszeit zu verkürzen,
- in der wir keine Angst um den Arbeitsplatz haben müssen,
- wo wir im Fall der Erwerbslosigkeit in gesicherten und auskömmlichen Lebensverhältnissen leben können,
- in der die Menschen über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen mitbestimmen können,
- wo wir bezahlbare Wohnungen vorfinden,
- in der die ambulante wie die stationäre Krankenversorgung gesichert ist,
- wo unsere Kinder und Jugendliche umfassende Bildung und Berufsausbildung erhalten,
- in der die Menschen mobil sein können und deshalb bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr zur Verfügung steht,
- in der wir unseren Kindern eine intakte Umwelt übergeben können
- und wo die Energieversorgung mit Sozialtarifen für alle zur Verfügung steht.

Wir wollen im Frieden leben können und wissen, dass Kriege geächtet sind und Kriegswaffen nicht in andere Länder exportiert werden.

Wir stellen fest: Von diesen Zielen sind wir in Niedersachsen noch weit entfernt.

Kinder- und Altersarmut steigen, zunehmend beherrschen prekäre Arbeitsverhältnisse die Wirtschaft, besonders Frauen und Alleinerziehende sind auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen, weil die Löhne nicht reichen, die Mieten in den Ballungsräumen explodieren, es besteht in vielen Städten Wohnungsmangel. Die Krankenhäuser sind unterfinanziert und lösen ihre Probleme zu Lasten der Patienten und Beschäftigten. Die Landesregierung öffnet die Tore für die Vergiftung der Böden durch das von den Energiekonzernen betriebene Fracking. Bildungschancen sind immer noch ungleich verteilt. An vielen Schulen gibt es Unterrichtsausfall.

Auch in Niedersachsen geht die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren immer weiter auseinander. Unermesslicher Reichtum in der Hand weniger wurde nicht mal bundesweit durch eine Vermögenssteuer begrenzt. Kriegsforschung ist an unseren Hochschulen immer noch nicht verboten.

Wir treten für einen Politikwechsel in Niedersachsen ein und machen Druck. SPD und Grüne haben die bestehenden Verhältnisse - mal schlecht mal recht verwaltet, wir wollen die Verhältnisse grundlegend ändern.

Die Mitglieder der LINKEN sind engagiert in Gewerkschaften, Umweltverbänden, freiwilligen

Feuerwehren und anderen Ehrenämtern, sozialen Initiativen und Frauenorganisationen. Immer mehr Mitglieder dieser Partei sind in Kommunalparlamente in Niedersachsen gewählt worden. Sie alle kennen das Land, seine Schönheiten, aber auch seine Probleme. Sie lassen sich von ihrer grundlegenden Haltung nicht abbringen: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, mehr Demokratie, Verteidigung unserer Freiheiten, Frieden und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen bleiben die Ziele, ohne Wenn und Aber.

Wir zeigen denen die rote Karte, die meinen Hass und Fremdenfeindlichkeit sei eine Antwort auf die gegenwärtige Krise. Allen, die meinen, dass Entsolidarisierung ihre Probleme lösen kann, sagen wir, dass sie im Ergebnis das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie sich erhoffen.

DIE LINKE Niedersachsen hat seit ihrer Gründung bewiesen, auf welcher Seite sie steht und welche Interessen sie vertritt- nicht an der Seite der Privilegierten in dieser Gesellschaft sondern auf der Seite der Benachteiligten. Daran wird sich auch nichts ändern, egal, ob die LINKE im Parlament in der Opposition ist, Regierungsmitverantwortung übernimmt oder eine Minderheitsregierung tolerieren sollte. DIE LINKE kann das Alles. Sie wird die hierfür zu treffenden Entscheidungen mit ihren Mitgliedern und den ihr nahestehenden Kräften in Gewerkschaften, Umweltverbänden und verschiedensten Initiativen abstimmen, bevor sie sich endgültig entscheidet.

Für uns wird immer der Gedanke leitend sein:

**Wir wollen mit unserer Politik Hoffnung machen auf eine andere Gesellschaft, in der Politik und Wirtschaft nicht mehr von den Interessen der Banken, Konzerne und Superreichen dominiert sind sondern von den Bedürfnissen und Lebensinteressen der Mehrheit der Gesellschaft.**

# Für ein soziales Niedersachsen

## Gerecht geht anders – soziale Sicherheit für alle

5 DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft, die jedem Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglicht. Für uns ist das wichtigste Ziel guter Sozialpolitik, dass alle Menschen frei von Armut leben und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. DIE LINKE will den niedersächsischen Armutskreislauf aufbrechen. Voraussetzung dafür sind ordentlich bezahlte Arbeitsplätze, ein Verbot der Leiharbeit und die Förderung öffentlich geförderter Beschäftigung mit Löhnen oberhalb des Mindestlohns.

10 Im Bundesrat muss das Land aktiv werden: für eine Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro, die schrittweise Ersetzung von Hartz IV durch eine Mindestsicherung auf existenzsicherndem Niveau, die Wiederherstellung der alten Rentenformel und die Wiederanhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent

15 In den vergangenen fünf Jahren haben sich die sozialen Gegensätze in Niedersachsen auch unter einer SPD/ Grünen Regierung nicht verbessert. Für viele Menschen ist das Klima eher noch rauer geworden. Der gegenwärtige Hartz IV-Regelsatz verhindert bei immer mehr Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe. Armut wird immer mehr zur Normalität in Niedersachsen. DIE LINKE wird auch weiterhin die einzige Partei sein, die an der Seite derjenigen steht, die Hartz IV durch eine Sozialpolitik ersetzen wollen, die soziale Sicherheit und nicht Verunsicherung schafft sowie Armut nicht zulässt.

20 Auch SPD und Grüne betreiben keine aktive Sozialpolitik, die Armut bekämpft und nicht nur verwaltet. Tafeln und Kleiderkammern sind zurzeit unverzichtbare Anlaufpunkte, die von vielen Ehrenamtlichen mit großem wertzuschätzendem Aufwand betrieben werden. Sie sind aber auch das Markenzeichen einer verfehlten Sozialpolitik von CDU, SPD, FDP und Grünen, die dazu geführt hat, dass Menschen auf Almosen angewiesen sind. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seinem Hartz IV-Urteil vom 9.  
25 Februar 2010 festgestellt, dass die Hartz IV-Parteien mit ihrer Politik gegen die Menschenwürde verstoßen haben.

In den kommenden fünf Jahren will DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag daher folgende Initiativen ergreifen:

- 30 • Wir werden nach dem Vorbild einzelner Kommunen eine „Niedersachscard“ für alle Menschen einführen, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Monatseinkommens zur Verfügung haben. Mit ihr soll der diskriminierungsfreie Zugang zu Museen, kulturellen Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen genauso möglich sein, wie Vergünstigungen im Nahverkehr, bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen.

- 35 • Niedersachsen wird eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Hartz IV erarbeiten. Wir setzen uns ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die das vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Recht auf menschenwürdige Existenz und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Die tatsächlichen Kosten für Unterkunft müssen übernommen werden, um Zwangsumzüge zu verhindern.
- 40 • Eine Landeskoordinierungsstelle für Arbeitsloseninitiativen soll aus Mitteln des Landes eingerichtet und gefördert werden.
- Niedersachsen wird einen eigenen Öffentlichen Beschäftigungssektor mit Tariflohn und Sozialversicherungspflicht aufbauen, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- Darüber hinaus will DIE LINKE Stellen im öffentlichen Dienst spürbar ausbauen.

## 45 **Gute Arbeit ist unbefristet, tariflich entlohnt und mitbestimmt**

Unser Leitbild ist ein Niedersachsen, in dem alle eine gute Ausbildung erhalten und anschließend einen sicheren Arbeitsplatz, der ein Einkommen garantiert, von dem Menschen gut leben können und nicht in der Altersarmut landen.

- 50 Bei weiterer Verkürzung der Erwerbsarbeit streben wir eine Gesellschaft an, in der alle Zeit haben und sich zu gleichen Teilen betätigen für eine politische Gesellschaftsgestaltung, die (eigene) kulturelle Entfaltung und für junge und alte Menschen, die Unterstützung und Fürsorge brauchen.

In Deutschland nimmt die soziale Spaltung zu. Auch in Niedersachsen gibt es immer mehr Menschen, die immer mehr ins „Abseits“ gedrängt werden. Die Angst vor der Zukunft nimmt zu. Altersarmut, das  
55 „Gespenst der Arbeitslosigkeit“, fehlende Bildungschancen, Leiharbeit und Werkverträge, und Minijobs.

Gleichzeitig stehen wir vor gewaltigen Strukturveränderungen. Die Veränderungen durch einen neuen Produktivitätsschub durch Digitalisierung und Arbeit 4.0. verändern die Beschäftigungsverhältnisse, aber nicht zum Vorteil der ArbeitnehmerInnen. Obwohl wir uns in Niedersachsen wirtschaftlich nach wie vor in einer wirtschaftlichen Aufschwungsphase befinden, hatten wir im Februar 2017 immer noch 263.500  
60 erwerbslos gemeldete Beschäftigte. Weder das Land noch der Bund haben die Phase genutzt dafür zu sorgen, dass genügend Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze für Alle vorhanden sind.

Gleichzeitig leiden viele Beschäftigte, die Arbeit haben, unter immer schwierigeren und stressigeren Arbeitsbedingungen. Ein Großteil gesellschaftlich notwendiger Arbeit wird vor allem von Frauen ohne jede Bezahlung geleistet, beispielsweise bei der Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen, der  
65 Hausarbeit und zur Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind auch die Landesregierungen der Vergangenheit, die von



CDU/FDP, aber auch von SPD/GRÜNEN gebildet wurden. Sie waren und sind an den Bundesratsentscheidungen beteiligt.

Wir werden das ändern und dazu im Landtag folgende Initiativen ergreifen:

- 70 • Das Land soll Vorbild für den Umgang mit Arbeitszeit werden. Wir bleiben dabei: Wir wollen zunächst die Einführung der 35 Std-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Prekäre Teilzeitarbeit unter 19 Stunden darf es nicht mehr geben. Wir wollen, dass sich die niedersächsische Landesregierung für ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit einsetzt.
- 75 • Unternehmen, die einen öffentlichen Auftrag erhalten, müssen darlegen, wie sie die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf fördern.
- Das Weihnachtsgeld im öffentlichen Dienst soll wieder eingeführt werden. Zur Verbesserung der unteren Einkommensgruppen soll die Spreizung der Lohn- und Gehaltsgruppen vermindert werden.
- 80 • DIE LINKE unterstützt gewerkschaftliche und gesellschaftliche Initiativen gegen die schleichende Ausweitung der Sonntagsarbeit in Niedersachsen. Der Sonntag soll in der Regel arbeitsfrei sein.
- Das Gesetz über die Ladenöffnungszeiten soll den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, zum Schutz der Beschäftigten die Ladenöffnungszeiten zu konzentrieren.
- 85 • Der öffentliche Dienst darf nicht weiter ausgehungert werden. Wir wollen Neueinstellungen vor allem in den Bildungs-, Sozial- und Kulturbereichen, aber auch im Bereich der Steuerprüfung. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die für die Überwachung des Mindestlohnes zuständig ist, muss dringend personell aufgestockt werden. Genauso wie die Gewerbeaufsichtsämter.
- Auszubildenden im öffentlichen Dienst sind nach bestandener Prüfung unbefristet zu übernehmen. Darüber hinaus fordern wir, dass das Land darauf verzichtet, Beschäftigte sachgrundlos zu befristen.
- 90 • Wir wollen für Niedersachsen ein Gesetz für die Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.
- Für Wirtschaftsförderung fordern wir einen verbindlichen Kriterienkatalog, der tarifgerechter Arbeitsplatzsicherung als Bedingung für den Erhalt von Landesmitteln, der Mindestlöhne, Mitbestimmung im Betrieb sowie die Umwandlung von Werkvertrags- und  
95 Leiharbeitsverhältnissen in unbefristete Arbeitsverhältnisse vorsieht,
- Wir wollen, dass Aufsichtsratsmitglieder, die über Landesanteile in Aufsichtsräte entsandt werden, darauf hinwirken, das Managergehälter in den jeweiligen Unternehmen auf maximal das 20 fache eines Facharbeiterentgeltes beschränkt werden.

- Wir kämpfen auch in Zukunft um den Erhalt der industriellen Kerne Niedersachsens. Dazu sollen vor allem bei kleinen und mittleren Betrieben technologische Entwicklungen gefördert werden.

Viele arbeitsrechtliche und sozialpolitische Fragen und Probleme lassen sich gesetzlich nur auf Bundesratsebene lösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Niedersachsen im Bundesrat entsprechende Gesetze einbringt oder unterstützt:

- Wir befürworten zunächst die Einführung der 35-Stunden-Woche für entlohnte Arbeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich und in der Perspektive die Verkürzung der Arbeitszeit auf kurze Vollzeit mit weniger als 30 Stunden in der Woche und wollen dafür eine geeignete Bundesratsinitiative zur Änderung Arbeitszeitgesetzes anstoßen.
- Wir treten für ein gesetzliches Verbot von Leiharbeit und gegen den Missbrauch von Minijobs, Werkverträgen und Praktika ein.

## 110 **Kultur von allen und für alle**

DIE LINKE geht von einem umfassenden Kulturbegriff aus. Kultur ist das, was die Menschen aus sich und ihrer Welt machen und was sie dabei denken und sprechen. So ist alles Kultur, was nicht Natur ist. Kultur gehört untrennbar zum Menschen. Sie ist ein Stück Lebensqualität, die Kreativität, Fantasie, Toleranz und Reflexion fördert und daher für alle Menschen erreichbar sein muss.

Unser Ziel ist, dass Kultur bunt und vielfältig ist und dass alle Menschen sie in dieser Vielfalt gestalten und erleben können. Niemand darf vom Zugang zu Kultur ausgegrenzt sein, weil sie oder er ein geringes Einkommen hat, auf dem Land wohnt oder mit wenig Zugang zu Kultur aufgewachsen ist. Wir wollen einen breiten Kulturbegriff, der Oper und Ballett, Kleinkunst und Straßenmusik, Ska und Parkour umfasst. Und wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene Kultur selbst gestalten können und entsprechend offene und selbstverwaltete Förderstrukturen.

Neben den Mitteln für die großen Landeseinrichtungen, Opern, Theater und Museen gibt viel mehr und auch neue Ausprägungen von Kultur. Freie Theater, kleine Kinos, Soziokultur und kulturelle (Jugend-)Bildung fallen bisher zu oft unter den Tisch, obwohl hier mit vergleichsweise wenig Geld viel erreicht werden könnte. Eine lebendige Kulturszene ist auch Ausdruck für eine lebendige Gesellschaft. Wir wollen, dass Kultur in allen ihren Facetten unterstützt wird und allen zugänglich ist.

Kulturell Tätige sind oft schlecht bezahlt und unzureichend abgesichert. Und viele kulturelle Angebote sind kaum erschwinglich für die vielen Menschen mit niedrigen Einkommen oder für Hartz IV-Empfängerinnen und –Empfänger. Damit bekommt Kultur etwas Elitäres, sie wird zu etwas, das sich nur ein Teil der Menschen leisten kann und von dem viele ausgegrenzt sind.

Darum wird DIE LINKE im Landtag Forderungen einbringen, die diesen Zielen dienen:

- Freier Eintritt in alle kulturellen Landeseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Finanzschwache
- Ausweitung von theater- und museumspädagogischen Angeboten
- 135 • Erhalt kultureller Einrichtungen auf kommunaler Ebene, statt sie als freiwillige Leistung ständig einem Streichungsrisiko auszusetzen
- Kulturinitiativen von Migrationsgruppen als wertvollen Beitrag zu kultureller Vielfalt und gesellschaftlicher Integration unterstützen
- 140 • Kultur- und Kulturfinanzberatung in der Fläche stärken, Kulturfinanzierung und Fördermöglichkeiten transparent machen, tendenziell Fördermittel von Image- zu Basisprojekten umschichten
- Zuverlässige, institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur
- Förderung unabhängiger Kulturinitiativen.
- Novellierung des Landesmediengesetzes mit dem Ziel, unabhängige Einrichtungen wie Lokalsender und offene Kanäle zu stärken.
- 145 • Bundesratsinitiative für eine bessere soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern anschieben

## Gesundheit und Pflege

150 DIE LINKE steht für eine Gesundheitspolitik auf der Höhe der medizinischen Wissenschaft, die den Menschen als soziales Wesen und im Verhältnis der gesellschaftlichen Reproduktion begreift. Wir setzen uns daher für medizinische Versorgung und soziale Verhältnisse ein, die sich nicht am privaten Profit, sondern am Bedarf der Menschen nach einem gesunden und guten Leben orientiert.

155 Eine Gesellschaft, in der Arbeit das Mittel zum Zweck ist, privaten Unternehmen einen maximalen Profit zu erwirtschaften, macht krank. Denn Lohnarbeit ist nicht entsprechend dem Bedarf der Menschen nach qualitativen Gütern und einem guten Leben organisiert. Stattdessen ist der Arbeitsalltag dem Interesse untergeordnet, aus möglichst langer, intensiver und billiger Arbeit so viel Gewinn wie möglich herauszupressen. So wird Marktmacht erobert und körperlicher und geistiger Verschleiß in Kauf genommen. Erwerbslosigkeit und damit der Ausschluss von einem mäßig tauglichen „Lebensmittel“ ist in 160 unserer Gesellschaft macht häufig krank; so wird so die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stark beschränkt.

Umwelt- und Arbeitsbedingungen in dieser kapitalistischen Gesellschaft machen die Menschen krank,

organisch durch Giftstoffe in der Umwelt und in Lebensmitteln, seelisch durch zunehmenden Stress.

165 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen als bloße Manövriermasse eines Profitinteresses benutzt werden, nicht einfach mit einem Gesundheitssystem begleiten, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder fit für den nächsten Einsatz macht. Vielmehr wollen wir den Medizinbetrieb durch eine Politik ergänzen, welche die gesellschaftlichen Ursachen eines wesentlichen Teils physischer und psychischer Schädigungen benennt und so den politischen Handlungsbedarf formuliert.

170 Die Regierungen der vergangenen Jahrzehnte haben es nicht nur versäumt, Arbeit so zu organisieren, dass sie nicht flächendeckend auf Verschleiß und Armut hinausläuft. Sie haben bewusst einen gesellschaftlichen Konkurrenz- und Niedriglohnbetrieb in Gang gesetzt. Und sie haben den dazugehörigen Gesundheitssektor noch selbst und in all seinen Bereichen, von der Geräte- und Pharmaindustrie über die Krankenhäuser bis hin zu den Altenpflegeeinrichtungen, zu einem milliardenschweren Geschäftsfeld umgebaut.

175 Ein besonders trauriges Ergebnis profitorientierter Gesundheitspolitik sind die seit langem bekannten und andauernden „Missstände in der Altenpflege“. Die Wehrlosigkeit vieler Menschen mit Pflegebedarf einerseits, eine weitverbreitete Mittellosigkeit gerade im Alter andererseits sorgt regelmäßig für unhaltbare Zustände und manche Schlagzeilen, wo die Pflege als Geldmaschine benutzt wird.

Wir setzen uns ein:

- 180 • für Krankenhäuser in öffentlicher Verantwortung mit bedarfsorientiertem Versorgungsansatz. Es darf keine Krankenhausschließungen geben. Die patientennahe stationäre Versorgung muss gesichert werden. Wir wollen weitere Privatisierungen verhindern und bereits private Standorte rekommunalisieren.
- 185 • für eine Abschaffung des nur auf die Kasse und nicht auf angemessene Versorgung orientierte System der Fallpauschalen. Es zwingt zu Rationalisierung und Gewinnoptimierung auf dem Rücken der Beschäftigten und Patientinnen und Patienten.
- 190 • für Personalschlüssel in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen, die nach dem tatsächlichen Bedarf und nicht nach betriebswirtschaftlichen Kennziffern erstellt werden.
- für ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“, denn die flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Niedersachsen ist akut gefährdet.
- 195 • für eine menschenwürdige Altenpflege. Die Politik muss den Menschen durch ein grundlegendes Umdenken und umfassende Maßnahmen die Angst nehmen, von Pflege abhängig zu sein. Die Pflege muss sich am konkreten Bedarf der Menschen ausrichten. Die Pflegeberufe müssen aufgewertet und durch gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen wieder attraktiver gemacht werden.

- eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und damit der privaten Krankenversicherung als Vollversicherung. Wir wollen Eine für Alle! Das heißt die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in welcher alle in Deutschland lebenden Menschen Mitglied sind, auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige sowie Beamtinnen und Beamte. Sie alle erhalten im Krankheits- und Pflegefall die bestmögliche Versorgung. Der Beitrag richtet sich nach dem individuellen Einkommen und zur Berechnung werden alle Einkommensarten herangezogen, inklusive Kapitalerträge und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Das bedeutet sinkende Beiträge für die Mehrheit der Menschen.
- Für die ambulante ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sind ausreichende finanzielle Anreize zu schaffen
- für Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die den Menschen nicht verschleifen und krank machen, sondern seine gute Versorgung selbst zum Zweck haben.
- für eine obligatorische Gesundheitsverträglichkeitsprüfung bei der Planung neuer Industriebetriebe

## 210 Drogenkonsum entkriminalisieren

Die Unterscheidung von „legalen“ und „illegalen“ Drogen sagt nichts über deren Gefährlichkeit aus. Eine große Anfrage der LINKen im Landtag zur „Cannabispolitik in Niedersachsen“ von 2010 hat zum Beispiel zu der Erkenntnis geführt, dass bundesweit die Anzahl der Todesfälle durch legale Drogen wie Alkohol und Tabak wesentlich höher ist als die durch illegale Drogen – wobei Todesfälle durch den Konsum von Cannabis gar nicht zu verzeichnen sind (Zeitraum 2007). Einige „illegale“ Drogen erweisen sich als weniger lebensbedrohlich als die „legalen“ Drogen wie Alkohol und Tabak.

Die Verbreitung und den Konsum von Suchtmitteln so niedrig wie möglich zu halten ist für die LINKE ein gesellschaftspolitisches Ziel. Eine repressive Verbotspolitik führt aber dazu, den Gebrauch von illegalisierten Drogen umfassend zu kriminalisieren. Die Konsumierenden werden stigmatisiert und nach Möglichkeit aus dem öffentlichen Raum verbannt. Damit werden aber keine Ursachen von Sucht bekämpft. Notwendig ist sachliche und nachvollziehbare Aufklärung über die Risiken und Wirkungen von Drogen, die Stärkung von Selbstverantwortung im Umgang mit Drogen als präventive Strategie, die nur ohne Kriminalisierung gelingen kann.

225 Eine "akzeptierende Drogenpolitik" bedeutet die Entkriminalisierung der „weichen“ illegalen Drogen. Weiche und harte Drogen sollen getrennt werden und es soll, wie in den Niederlanden, verhindert werden, dass DrogenkonsumentInnen in den Schwarzmarkt einsteigen müssen, um an Cannabis zu kommen.

Als LINKE wollen wir eine Entkriminalisierung von Drogen und gleichzeitig eine enge Verbindung von

230 Suchtprävention auch bei sogenannten legalen Drogen, ausstiegsorientierten und konsumakzeptierenden (z.B. Drug Checking) Hilfen, Drogensubstitution und Gesundheitshilfen für Drogenkranke. Wir fordern Beratung und Hilfe für Betroffene und ihre Familien. Perspektivisch setzt sich DIE LINKE für eine Regulierung des Drogenmarktes ein.

DIE LINKE fordert:

- 235
- eine Ausweitung aufklärender, präventiver und therapeutischer Einrichtungen:
- 240
- eine differenzierte Aufklärungskampagne über die Wirkungsweise von Rausch- und Genussmitteln und möglicher gesundheitlicher Gefährdungen. Alkohol- und Medikamentenkonsum müssen dabei als weit verbreitete Drogen einbezogen werden,
  - Druckräume mit hygienischen Bedingungen für Abhängige harter Drogen und ihre Anbindung an Betreuungsangebote,
  - Einrichtungen zur Selbsthilfe, Rechts- und Sozialberatung sowie Hilfe zur Reintegration in Beruf oder Ausbildung,
  - Regelversorgung mit Diamorphin (synthetisch hergestelltes Heroin) bei der Behandlung so genannter Schwerstabhängiger unter ärztlicher Kontrolle
- 245
- ausreichende und bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen, die sich freiwillig einer Entzugsbehandlung unterziehen;
- 250
- die Relegalisierung von weichen Drogen wie Cannabis. Auf Landesebene wollen wir als ersten Schritt ein Modellprojekt starten, das die Abgabe von Cannabis an Erwachsene erforscht. Ein solches Modellprojekt hatte Schleswig-Holstein 1997 beantragt, ist aber damals am Veto des CSU-Bundesgesundheitsministers gescheitert;
  - die Entkriminalisierung von einfachem Drogengebrauch;
  - die Verwendung der Mittel, die durch die Verringerung der Strafverfahren wegen einfachen Drogengebrauchs freigesetzt werden, für präventive und reintegrative Maßnahmen einzusetzen.

## 255 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

Wohnen für alle und nicht Profite für wenige – Für eine alternative Wohnungs- und Mieterpolitik in Niedersachsen

DIE LINKE fordert eine Umorientierung der Wohnungspolitik hin zu einer an den realen Bedürfnissen der

260 Menschen ausgerichteten Wohnungspolitik. Wohnen ist soziales Grundrecht. Deshalb müssen Wohnungen und dazugehörige Mieten dem kapitalistischen Verwertungsinteresse entzogen werden.

DIE LINKE strebt ein Niedersachsen an, in dem für alle Menschen hinreichend Wohnraum zur Verfügung steht und Menschen auf Grund ihrer sozialen Lage nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden können.

265 Wohnen ist ein existenzielles Grundrecht. Daher können Wohnungen nicht wie andere Waren auf dem Markt frei gehandelt werden. Nach Artikel 6 a der Niedersächsischen Landesverfassung soll das Land seine Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum versorgen. Beim Durchsetzen dieses Menschenrechts haben die bisherigen Landesregierungen versagt.

Der Anteil an dringend benötigtem günstigen Wohnraum nimmt gerade in den Ballungszentren  
270 Niedersachsens weiter zu. Unter der jetzigen Regierung von SPD und Bündnis90/Die Grünen hat sich der Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau fortgesetzt. In den fünf Jahren ihrer Regierung bis heute haben sie kein eigenes Wohnungsbauprogramm zur Schaffung günstigen Wohnraumes aufgelegt. Sie haben nur Bundesmittel weitergereicht.

GeringverdienerInnen und LeistungsbezieherInnen werden aus den Städten und aus den „Speckgürteln“  
275 der größeren Städte verdrängt. Es fehlen vor allem barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen und für Senioren, Großwohnungen für kinderreiche Großfamilien und Kleinwohnungen für allein Lebende.

DIE LINKE will folgende Maßnahmen für eine soziale Wohnungspolitik:

- ökologischer und sozialer Wohnungsbau des Landes gegen die Knappheit von Wohnraum.  
280 Besonders wichtig beim staatlichen Wohnungsbau sind Barrierefreiheit, gesundes Bauen und gute Dämmung.
- Es muss ein neuer nicht profitorientierter Sektor der Wohnungswirtschaft geschaffen werden. Wohnbaugesellschaften des Landes sollen hier Vorreiter sein.
- Die Kommunen sollen die Preise von Immobilien begrenzen können. Wohnraum muss  
285 Wohnraum bleiben und darf nicht für andere Zwecke missbraucht werden. Eigentümer dürfen besonders Innenstadtwohnungen nicht absichtlich leer stehen lassen. Wiedereinführung der Zweckentfremdungsverordnung.
- Spekulativer Leerstand ist mit einer Leerstandssteuer zu belegen.
- Sozialtarife für Energie und Wasser/Abwasser statt Sonderpreisen für Unternehmen. Kein  
290 Sperren der Grundversorgung mit Wasser, Gas und Strom.
- Der Bund soll Projekte „Soziale Stadt“ fördern. Genossenschaftliches Eigentum wollen wir stärken.

- Über den Bundesrat wollen wir die Rechte von Mieterinnen und Mietern stärken.
- Energetisches Sanieren von Wohnraum darf nicht von den MieterInnen bezahlt werden.
- 295 • Ein Mieterstrommodell, das auf dezentrale Energieversorgung setzt, muss allen MieterInnen ohne Mehrkosten eine ökologische Energieversorgung garantieren.
- Siedlungshäuser, die über das Erbbaurecht gebaut wurden, wollen wir vor überhöhten Erbbauzinsen schützen. Die Klosterkammer darf ihr Eigentumsrecht nicht missbrauchen und soll Erbbau-Grundstücke auf Wunsch der Nutzer zum Verkehrswert verkaufen.

300

### **Barrierefreies Niedersachsen – selbstbestimmte Behindertenpolitik**

- DIE LINKE will in Niedersachsen die Inklusion so umsetzen, wie es die Behindertenrechtskonvention der UN fordert. Unser Ziel ist, dass Inklusion in Niedersachsen eine Selbstverständlichkeit ist. Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen. In den kommenden Jahren wollen dies wir gemeinsam mit vielen Initiativen im Land erreichen.
- 305 • Dieses übergreifende Ziel wollen wir stets bedenken, wenn wir Ideen und Konzepte auf Landesebene erarbeiten. Alle Menschen – mit oder ohne Behinderungen – sollen barrierefrei, gleichberechtigt und in vollem Umfang am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ob Frühförderung, Schule, Arbeitsmarkt, Wohnen, Freizeit: im gesellschaftlichen Miteinander darf kein Lebensbereich die Inklusion ausblenden.
- 310 • Hier ist die jetzige Landesregierung SPD/Grünen Antworten schuldig geblieben. Ihre Versuche einer Schulinklusion zum Spartarif verhindern leider eine wirkliche Inklusion. Wir wollen dies in den nächsten fünf Jahren ändern.

315 Dazu wollen wir LINKE folgende Maßnahmen einleiten:

- Landesstrategie zur Verwirklichung echter Barrierefreiheit erstellen und umsetzen.
- Wir wollen sogenannte Förderschulen überflüssig machen und die volle Inklusion von Kindern und Jugendlichen in Regelschulen durchsetzen.

320 Zu diesem Zweck ist eine bedarfsgerechte sonderpädagogische Grundversorgung an allen Regelschulen notwendig. In niedersächsischen Schulen darf Inklusion nicht an Barrieren oder dem Mangel an Lehrern oder Fachkräften der Jugendhilfe scheitern. Inklusion im Bildungsbereich darf kein Sparprogramm sein! Inklusion ist nur sinnvoll möglich, wo genügend Förderung gesichert ist.



- Dafür muss das Schulpersonal aufgestockt und besser ausgebildet werden. Schon die Lehrerausbildung muss ein Grundmodul zur Förderpädagogik umfassen. Um dem Bedarf an Fachkräften abzudecken, müssen gezielt FörderlehrerInnen ausgebildet werden.
- Das Land muss seinen LehrerInnen eine berufliche Aus- und Fortbildung in Förderpädagogik anbieten. An jeder Schule müssen förderpädagogische Fachlehrkräfte für die gesamte Unterrichtszeit zur Verfügung stehen. Sie müssen die Inklusion gewährleisten können und sind vom Land Niedersachsen tariflich zu bezahlen.

- Für barrierefreie Schulgebäude sollen 5 Mrd. € investiert werden
- Landesweite Foren sollten Inklusion im Bildungsbereich schnell umsetzen, damit diese schneller gelingt.
- Öffentlich geförderte Stellen sollten Menschen mit Behinderungen unabhängig beraten, z. B. in Frühförderung, Wohnen und Persönlichem Budget.

- Wir starten eine parlamentarische Initiative für mindestens 1000 barrierefreie Ein- und Ausstiege auf niedersächsischen Bahnhöfen.
- Niedersächsische Unternehmen müssen geeignete Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen schaffen und diese auch besetzen. Sie dürfen sich nicht länger von solchen Verpflichtungen loskaufen. Ersatzleistungen dürfen schon gar nicht billiger als barrierefreie Arbeitsplätze sein.

- Sogenannte „beschützende“ oder Behindertenwerkstätten müssen ihre ArbeitnehmerInnen tariflich entlohnen und ihre Rechte auf Mitbestimmung gewährleisten, ggf. mit ausgebildeter Assistenz.

Wir unterstützen ausdrücklich den Beschluss des ver.di-Bundeskongresses vom 26.09.2015 „Mindestlohn für alle, auch in Sozial- und Behindertenwerkstätten sowie in Justizvollzugsanstalten“

- Wir lehnen ab, dass Werkstätten der Rüstungsindustrie zuliefern.
- Wir wollen, dass Behindertenbeiräte von den Betroffenen selbst direkt gewählt und nicht ernannt werden.
- Die Beteiligungsrechte von Menschen mit Behinderungen sind auszubauen. Wir wollen die Beiräte demokratisch wählen lassen, stärken und die kommunale und landesweite Förderung von Selbsthilfegruppen und -verbänden ausbauen.
- Alle staatlichen Stellen müssen alle Informationen und Formulare in einfacher oder leichter Sprache und in barrierefreien Formaten zur Verfügung stellen

## Sichere Renten für Alle

355

Wir halten fest an der Vorstellung eines Alterns in Würde. Dabei bekämpfen wir diejenigen, die dies zwar in Sonntagsreden hochhalten, aber in ihrem politischen Alltagshandeln der durch die Gesetzesänderungen von CDU/SPD/GRÜNE/FDP erzeugten Welle von Altersarmut achselzuckend gegenüberstehen. DIE LINKE ist demgegenüber die Partei, die für die Würde im Alter kämpft.

360

Die gesetzlichen Sicherungssysteme, im besonderen unser umlagefinanziertes Rentensystem, wurden durch die Agenda 2010 der SPD/GRÜNE-Regierung massiv unterhöhlt. Die gesetzliche Rente reicht meistens nicht aus, so dass die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich bei privaten Versicherungen und Banken vorsorgen müssen. Immer mehr Menschen beziehen so geringe Renten, dass sie als

365

Grundsicherung auf Sozialhilfe angewiesen sind, insbesondere Frauen. Wir wollen das Rentenniveau anheben: Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit die Renten für Alle spürbar steigen. Dies ist finanzierbar, wenn alle Einkommen – auch die aus Mieten und Zinsen – zur gesetzlichen Rentenversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenzen herangezogen und Freiberuflerinnen und Freiberufler in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch

370

Berufsunfähigkeit oder Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung

DIE LINKE wird auch die künftige energisch gegen die drohende Altersarmut kämpfen und dabei folgende parlamentarische Initiativen entwickeln:

375

- Weil gute Rente vor allem aus guten Löhnen erwächst, werden wir dafür sorgen, dass aus dem Parlament heraus alle Forderungen der Gewerkschaften für bessere Löhne, ihre Aktionen und Streiks unterstützt und gefördert werden.

380

- Wir kämpfen gegen den Reallohnabbau im öffentlichen Dienst und werden alle Aktivitäten unterstützen, unseren öffentlichen Dienst in Niedersachsen entsprechend dem Produktivitätszuwachs unserer Gesellschaft Jahr für Jahr besser zu bezahlen.
- Wir sorgen für eine Bundesratsinitiative für ein neues Rentenrecht mit einem Sicherungsniveau von 53 % und einer armutsfesten Grundrente.
- Wir wollen, dass die Riesterrente beendet und in das gesetzliche Rentensystem überführt wird.
- Wir wenden uns gegen alle Privatisierungen im Rentensystem.
- Wir bleiben bei dem Nein zur Rente erst mit 67 Jahren – das gilt auch für den öffentlichen Dienst. Wir werden einen Antrag zur Zurücknahme der Erhöhung der Altersgrenze in den Landtag einbringen.
- Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro im Monat – darunter droht Armut.

385

## Für ein jugendfreundliches Niedersachsen

390 DIE LINKE tritt ein für eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft ein, in der junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Jugendliche brauchen Freiräume jenseits der Welt der Erwachsenen und jenseits kommerzieller Verwertungsinteressen, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln und die Gesellschaft nach eigenen Interessen mitgestalten zu können.

395 Jugendliche brauchen Frei(e)räume um selbstbestimmt Kunst, Kultur, Freizeit, Sport und politisches Engagement leben und gestalten zu können. Wir setzen uns deshalb für selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren ein, in denen Jugendliche mit ihren Bands proben, selber Lesungen, Theater, Diskussionsrunden, Stammtische zu organisieren und Raum für alternative Projekte, Meinungen und kulturelle Ansätze schaffen können. Wir wehren uns gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Kultur in Opern, Museen, Schauspielhäusern und Kunsthallen. Wir streiten dafür, dass ihre Inhalte 400 kritisch und unkonventionell sein können und der Eintritt frei ist.

Aber auch jenseits der so genannten „Hochkultur“ fordern wir öffentliche Förderung und Unterstützung unkommerzieller Kultur der „Freien Szenen“, der EinzelkünstlerInnen, von Nachwuchsbands, der experimentellen Kunstformen und des Straßentheater. Kunst und Kultur müssen freien Raum bekommen, bunt sein, sie sollen kritisch und unbequem sein – und sie müssen für alle da sein.

405 Das Leben junger Menschen wird durch Sozialabbau, schwindende nichtkommerzielle Freizeitangebote und steigenden Leistungsdruck erheblich belastet. Ihre Chancen auf bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen sind zunehmend von der finanziellen Situation der Eltern abhängig. Mit der Einführung von Hartz IV ist die Armut von Kindern und Jugendlichen auf Rekordniveau angestiegen. In Niedersachsen lebten 2015 rund 192.000 Kinder und Jugendliche in Armut. Deshalb muss auch die 410 Bekämpfung von Familienarmut im Zentrum einer präventiven Kinder- und Jugendpolitik stehen.

Die Angebote für eine offene Jugendarbeit in der Fläche sind verschwindend gering, weil sie als so genannte freiwillige Leistung von den Kommunen bezahlt werden müssen. So fehlen dort außerhalb des bewundernswerten freiwilligen Engagements in sozialen Einrichtungen, Feuerwehr, Kirche und Sportverein Orte, die Jugendliche aufsuchen können, die sich nicht in den traditionellen Strukturen 415 wiederfinden wollen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine stärkere Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen und Entscheidungen, insbesondere durch eine weitere Absenkung des Wahlalters, in einem ersten Schritt auf 16 Jahre bei Landtags- und 14 Jahre bei Kommunalwahlen
- eine stärkere institutionelle Förderung der TrägerInnen der außerschulischen Jugend- und Jugendverbandsarbeit; die gezielte Förderung von Projekten ist ein wichtiges ergänzendes Instrument, darf jedoch die institutionelle Förderung weder schwächen noch ersetzen

- die Förderung offener Jugendarbeit in den Kommunen, und zwar auch durch eine anteilige Landesfinanzierung von qualifiziertem Personal - mehr Jugendfreizeitstätten
- 425 • die Zahl hauptamtlich Beschäftigter in der Jugendarbeit wieder zu erhöhen, auch um damit ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden zu unterstützen und von administrativen und bürokratischen Ballast zu befreien
- die Stärkung der Jugendsozialarbeit und die gezielte Förderung von Programmen und Modellprojekten für besonders benachteiligte Jugendliche (etwa bei Armut, Obdachlosigkeit, 430 Drogenmissbrauch und beim Übergang von Schule zu Beruf),
- die gezielte Ansprache und Förderung ausgegrenzter Jugendlicher mit Migrationshintergrund durch integrative Angebote
- Keine Sanktionen bei Bildung für Kinder, deren Eltern Hartz IV beziehen.

## Für ein gerechtes Niedersachsen

### 435 Geschlechtergerechtigkeit geht anders: Politik für Frauen und Männer

DIE LINKE will mit ihrer Politik Frauen und Männer ermutigen, für eine Gesellschaft zu streiten, in der Gerechtigkeit zu den Errungenschaften gehört, mit denen wir für unser Ziel gemeinschaftlicher Gestaltung von Gesellschaft freundschaftlich und solidarisch kämpfen. Dazu gehört auch die 440 Geschlechtergerechtigkeit.

Trotz aller Erfolge in ihren Kämpfen um Emanzipation sind Frauen den Männern nach wie vor nach- oder untergeordnet und werden meistens deutlich schlechter bezahlt. Sie sind immer noch Ungleiche in der gesellschaftlichen Teilhabe – in den Chefetagen genauso wie proportional umgekehrt im Anteil der in prekären Verhältnissen Lebenden. Sie sind auch Ungleiche in Gewaltverhältnissen, in denen die Opfer 445 sexueller Gewalt überwiegend Frauen sind.

„Geschlechtergerechtigkeit geht anders“ heißt, Frauen zu stärken für die Befreiung aus ihrer Unterordnung. Und es heißt Männer zu überzeugen, dass LINKE feministische Politik in der Perspektive einer Gesellschaft mit Liebe und Zeit für das ganze Leben steht. Es heißt, dass Verlusten von (männlichen) Privilegien in der ungerechten Gesellschaft ein Gewinn an vielfältigem Reichtum an 450 Menschlichkeit gegenübersteht. Dafür zu kämpfen ist lohnend für alle!

Strategisch bedeutet das, alle politischen Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, ob sie langfristig – bei Garantie sozialer Sicherheit – auf die gleichmäßige Verteilung von Zeit und Verantwortung aller Geschlechter in der Erwerbsarbeit, der politischen Gestaltung, der Fürsorge und kulturellen Entwicklung orientieren.

455 DIE LINKE fordert:

- Die von der jetzigen Regierung bei Amtsantritt versprochene Novellierung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes ist unverzüglich umsetzen als wirksames Instrument für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit.
- Frauen bei gleicher Eignung sollten in Bereichen männlicher Dominanz bevorzugt eingestellt werden.
- Aufwertung der Erziehungs- und Sozialberufe, in denen Frauen überrepräsentiert sind, durch bessere Bezahlung
- Die Einführung des 8. März als gesetzlichen Feiertag.
- Wiedereinrichtung eines Frauenministeriums
- Kommunen ab 10.000 EinwohnerInnen müssen eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte einstellen.
- 50 %ige Geschlechterquotierung in den Leitungsgremien öffentlicher und durch den Staat beeinflussbarer Einrichtungen und Unternehmen
- Änderung des Vergaberechtes: Betriebe müssen ihre Maßnahmen zur Stärkung des Frauenanteils nachweisen.
- Bessere Vernetzung der niedersächsischen Frauenprojekte: Wir wollen eine gemeinsame Strategie der Projekte und der Förderung anstelle eines bloßen Nebeneinanders.
- Wiedereinführung eines Fonds für Kleinstprojekte im frauenpolitischen Bereich
- Landesprogramm zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben nach der Erziehungsphase
- Landesprojekte gegen Gewalt an Frauen ausbauen und stärken.
- Die Landesförderung der Frauenhäuser und Beratungsstellen muss gesetzlich verankert, regionale Lücken der Angebote müssen geschlossen werden.
- Selbstbehauptungs/ Selbstverteidigungskurse für Mädchen im Schulunterricht
- Bundesratsinitiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft
- Bundesratsinitiative für ein Elterngeld nach skandinavischem Vorbild
- Arbeitszeitmodelle, die es den Geschlechtern ermöglichen gleichberechtigt an Erziehung und

Entwicklung von Kindern und Sorge und Pflege von Kranken und Alten teilzuhaben.

- Geschlechterforschung („Gender studies“) an den Hochschulen fördern

485

- 

## **Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homosexuellen- und Transidentitätsfeindlichkeit**

490 Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der der Anspruch unseres Grundgesetzes verwirklicht ist, dass alle Menschen unabhängig von dem Geschlecht und der sexuellen Orientierung als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft behandelt werden.

495 Obwohl Niedersachsen ein tolerantes und weltoffenes Land sein will, sind Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben, Transgender und Intersexuelle. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Dauerhafter Einsatz für Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung muss für die niedersächsische Landespolitik eine höhere Priorität haben; das gilt vor allem im Schulbereich. Alternative Lebensentwürfe und das Selbstverständnis, dass es mehr als zwei starre Geschlechter gibt, gehören in Lehrpläne, Schulbücher und hochschulische Curricula. Dafür bedarf es der gemeinschaftlichen 500 Anstrengung aller Beteiligten. Diese wollen wir initiieren und moderieren.

Auch die Aids-Prävention und Integration von HIV-positiven Menschen wollen wir weiter stärken und MigrantInnencommunitys und Homosexualität im Sport besser in die Akzeptanzarbeit einbeziehen.

505 Trans\* Menschen müssen teilweise hohe soziale und finanzielle Belastungen auf sich nehmen, um ihr Geschlecht an ihre Identität angleichen zu können. Hierfür verdienen sie soziale Unterstützung, soweit sie nötig ist.

DIE LINKE fordert:

- eine Aufnahme des Verbots der Diskriminierung wegen sexueller Identität in die Landesverfassung.
- eine „Initiative sexuelle Vielfalt“ für eine aktive Antidiskriminierungsarbeit nach Berliner Vorbild
- 510 • eine Bundesratsinitiative zur vollen rechtlichen Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaften mit dem Ziel der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.
- die Förderung eines Forschungsbereichs „Queer Studies“ an einer niedersächsischen Hochschule.

- 515 • eine Bundesratsinitiative für ein geändertes Personenstandsgesetz mit mehr als zwei Möglichkeiten bei der Geschlechtsangabe.
- die Förderung von Beratungsangeboten für Intersexuelle, Trans\* Menschen und deren Angehörige.

## Ländlicher Raum – Entfaltung und lebendige Dörfer statt Armut und Verödung

520 Wir haben die Vision, dass das Leben auf dem Land in Niedersachsen für Jung und Alt eine attraktive Alternative zum Stadtleben ist und dass aus der menschlichen Nähe in unseren Dörfern noch mehr solidarisches Miteinander entsteht. Benachteiligungen durch das Leben auf dem Land sind abzubauen.

Niedersachsen ist ein Flächenland mit vielfältiger Landschaft: Küsten, Moore, Heide, Wälder, Berge und Seen. Geprägt ist die Landschaft durch Dörfer. Es gibt aber immer weniger Dörfer traditioneller Prägung mit bäuerlicher Landwirtschaft, weil der starke Preisdruck großer Konzerne die Bäuerinnen und Bauern unter Druck setzt und immer mehr Höfe sterben lässt. Der Konzentrationsprozess der Dienstleistungen erfasst auch den ländlichen Raum. Kleine Läden, Sparkassen und Postämter schließen, in vielen Dörfern gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten mehr, Kinder haben oft weite Schulwege, Landwirte, die ihren Hof aufgeben mussten, finden oft keinen neuen Arbeitsplatz. Auf dem Land und teilweise auch in den 530 Randgebieten der größeren Städte in Niedersachsen gibt es große Defizite in der ärztlichen Versorgung.

Die Dörfer sind durch nicht ausreichenden Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vor allem in den Abendstunden und am Wochenende von den Zentren abgeschnitten.

DIE LINKE fordert:

- Regionale Wirtschaftsförderung und dezentrale Energieerzeugung zur
- 535 • Schaffung von Arbeitsplätzen und Stärkung der Kaufkraft auf dem Land
- Kultur in den ländlichen Raum bringen – Reisetheater
- Dichtes ÖPNV Netz – Mobilität ist ein Grundrecht. Bahnhöfe und stillgelegte Eisenbahnstrecken reaktivieren
- Gewährung ärztlicher Versorgung auf dem Land durch Förderung der
- 540 • Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten, Medizinische Versorgungszentren und ein Gemeindeschwesterkonzept
- Internetzugang in der Fläche ausbauen (Breitband). WLAN-Hotspots in Kooperation mit den Kommunen auch auf dem Land

- Unterstützung beim Aufbau von Regionalvermarktungsinitiativen
- 545 • dezentrale Energiegewinnung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im ländlichen Raum
- keine Schließung von Polizeidienststellen auf dem Land
- Landesförderprogramm für den Ausbau der Fahrradwege auf dem Land
- 550 • Nahversorgung sichern, Dienstleistungszentren, kleine Versorgungszentren, ergänzt durch mobile Versorgung

## **Gerechtigkeit: Vor und nach Gerichtsurteilen**

555 DIE LINKE strebt einen Rechtsstaat an, der für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft gleichermaßen funktioniert, der kurze Verfahrenswege und große Verfahrenssicherheit gewährleistet. Wir wollen einen Strafvollzug, der resozialisiert und einen nachhaltigen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leistet. Wir wollen die sozialen Ursachen von Kriminalität aufheben.

560 Die Verfahren vor Gericht dauern in Niedersachsen viel zu lang. Es gibt einen riesigen Rückstau von Fällen, vor allem im Bereich der Sozialgerichte und der Verwaltungsgerichte. Dadurch werden Betroffene in der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche behindert. Im Strafvollzug muss noch viel mehr auf Resozialisierung orientiert werden, einfaches Wegsperrern schafft nur RückfalltäterInnen. Die Beratungskostenhilfe wird in Niedersachsen immer restriktiver gewährt, so dass Rechtssuchende mit geringem Einkommen benachteiligt werden.

565 Die LINKE fordert:

- Neueinstellung von Richterinnen und Richtern vor allem bei Sozial- und Verwaltungsgerichten
- Ausbau des Schlichtungssystems durch Mediation
- Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Vor allem die Beratungskostenhilfe muss ausgebaut und gegen geplante Einschränkungen verteidigt werden.
- 570 • Als wirksame Ergänzung zur herkömmlichen Strafjustiz sollen Täter-Opfer-Ausgleichsprogramme verstärkt vom Land gefördert werden.
- Wirksamere Strafverfolgung von Wirtschaftsstraftätern und vor allem auch der Steuerhinterziehung durch personelle Verstärkung der für diesen Bereich zuständigen Stellen



- 575
  - Der offene Vollzug soll als Resozialisierungsmaßnahme nach skandinavischem Vorbild verstärkt werden. Deshalb auch mehr Personal in den Vollzugsanstalten.
  - Bewährungshilfe personell ausbauen
  - Arbeitgeber-Rentenversicherungsbeiträge auch im Strafvollzug
  - Mindestlohn und Mindestsicherung für Gefangene
- 580
  - Die Strafanstalten müssen aktiv Verantwortung für die Gesundheit der Insassinnen und Insassen übernehmen und eine Rolle in der Prävention anerkennen. Dazu gehört die flächendeckende Einrichtung von Spritzenaustauschmöglichkeiten.
  - Abschaffung des einfachen Dienstes im Justizdienst und eine Höhergruppierung der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber zur Sicherung der Gleichbehandlung gegenüber anderen Beamten
- 585
  - Die Unabhängigkeit der Justiz ist durch einen Ausbau der Mitbestimmung der RichterInnenräte bei allen personellen Entscheidungen, insbesondere bei Beförderungen, zu stärken.
  - Begangenes Unrecht muss wieder gut gemacht werden. Das gilt für die bis 1969 zu Gefängnisstrafen verurteilte Homosexuellen ebenso wie für die Opfer der Berufsverbote in den 70er und 80er Jahren.
- 590
  - Anhebung der Bagatellgrenze für den Besitz weicher Drogen orientiert am Berliner Modell

## Geld ist genug da

Unser Leitbild ist das eines sozialen, gerechten und demokratischen Staates.

- 595 Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Wir wollen ein leistungsfähiges Land Niedersachsen. Niedersachsen soll auf Bundesebene sein ganzes Gewicht dafür einsetzen, eine sozial gerechte Steuergesetzgebung herzustellen.

- 600 Wir wollen, dass das Land Niedersachsen seine Zuständigkeit für den Steuervollzug dazu nutzt, dass die Reichen und die gut verdienenden Unternehmen auch jeden Euro an Steuern zahlen, den sie nach Gesetz zahlen müssen.

Die Schulden des einen sind immer das Geldvermögen eines anderen. Daher gibt es in unserer Gesellschaft keine Schuldenkrise. Es gibt eine Verteilungskrise. Sie ist Ergebnis der jahrelangen Politik von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN auf Landes- wie auf Bundesebene. Durch ihre Politik erfreuen sich über

605 1.200 Millionärinnen und Millionäre in Niedersachsen eines wachsenden Geldvermögens, das ungefähr den Schulden der Kommunen, des Landes und der auf Niedersachsen entfallenden Schulden des Bundes entspricht.

Im Steuervollzug, der Sache des Landes ist, hat die Landesregierung die notwendige Personalaufstockung nicht vorgenommen. Steuerhinterziehung bleibt nach wie vor risikolos.

610 Wir werden das ändern und entsprechend den Vorschlägen des DGB und der Steuergewerkschaft (ist das folgende Maßnahmen auf Landesebene ergreifen:

- Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer
- Einbringung von Gesetzesinitiativen im Bundesrat für erhöhte Großerben- und Körperschaftssteuern
- Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Einführung einer Börsenumsatzsteuer
- 615 • Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Gemeindefinanzierungssteuer
- jährlicher Aufbau der Steuerverwaltung um 100 zusätzliche Stellen und
- Aufhebung des dortigen Beförderungsstaus, um allein dadurch gestützt auf Schätzungen des DGB und der Steuergewerkschaft rund 400 Millionen jährlich mehr an Steuern von den Reichen zu holen.
- 620 • Einführung einer niedersächsischen Waffenbesitzsteuer zur Reduzierung des privaten Waffenbesitzes
- Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes durch Einführung neuer kommunaler Steuern auf unverhältnismäßigen Verkaufsflächenverbrauch oder spekulativem Leerstand von Gebäuden
- 625 • Neuverhandlung der Kirchenstaatsverträge zum Abbau nicht gerechtfertigter Privilegien
- Kürzung von Abgeordnetendiäten, Ministergehältern und StaatssekretärInneneinkommen auf ein angemessenes Maß. Pensionen sollen erst mit Eintritt des gesetzlichen Renteneintrittsalters gezahlt werden.

630 Diese Maßnahmen würden den Landeshaushalt nicht nur ausgleichen, sondern auch die in diesem Programm vorgeschlagenen Verbesserungen abdecken und es sogar noch ermöglichen, damit zu beginnen, die über die Jahre von den verschiedenen Regierungen aufgehäuften Altschulden zu tilgen.

Die Aufnahme des unsinnigen Kreditverbots in unsere Landesverfassung, die verniedlichend „Schuldenbremse“ genannt wird, lehnen wir ab. Dieses volkswirtschaftlich absurde Instrument soll nur dem Zweck dienen künftige Regierungen zu Kürzungen vor allem in den Bereichen Soziales und Bildung

635 zu nötigen. DIE LINKE wird darauf drängen, dass eine neue Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen das Kreditverbot für die Länder einreicht, weil es gegen das Föderalismusprinzip des Grundgesetzes verstößt.

## Für ein gebildetes Niedersachsen

### Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht– frei zugänglich, ein Leben lang

640

Bildung ist für DIE LINKE eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige, offene und demokratisch organisierte Gemeinschaft, weitgehend frei von Vorurteilen und ablehnend gegenüber „alternativen Fakten“ ( bzw. *Fake News*). Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben.

645 Unsere Vision ist, dass allen Kindern und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zu Bildung gleichermaßen frei und möglichst wohnortnah zugänglich gemacht wird. Jeder und jede kann auf Basis der eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten am Bildungsprozess teilnehmen. Neben der Bedeutung von Bildung für den beruflichen Erfolg ist ihre Wichtigkeit für die individuelle Selbstentfaltung und die gesellschaftliche Entwicklung gleichrangig anerkannt.

650 Bildungsinstitutionen-sollen-demokratisch organisiert und durch die öffentliche Hand finanziert sein.

Das Land steht in der Pflicht, Bildungsangebote bereitzustellen, die ohne Ansicht des Geldbeutels genutzt werden können. Bildung darf sich nicht zuvörderst der Humanressource Mensch bedienen, sondern muss die persönlichen Neigung des Einzelnen im Fokus haben. Bildung darf nicht ein Spielfeld für Konzerne werden bzw. bleiben, sondern muss öffentlich finanziert und frei zugänglich sein. Die SPD/Grüne-Landesregierung hat der Privatisierung von Bildung wurde kein Riegel vorgeschoben, Privatschulen mit teuren Schulgebühren werden immer noch überwiegend durch öffentliche Mittel gesponsert. Dagegen fällt in den öffentlichen Schulen fällt immer noch der Unterricht aus.-In der Erwachsenenbildung werden die KursleiterInnen als Billigkräfte ausgebeutet.

655

Die von der LINKEN seit langem geforderte Abschaffung der Studiengebühren in Niedersachsen erfolgte in der letzten Legislaturperiode, sie bezieht sich aber nicht auf Verwaltungskostenbeiträge und Langzeitstudiengebühren.

660

DIE LINKE fordert:

- Keine Privatisierung von Bildungseinrichtungen
- Bildung wird gebührenfrei von der KiTa bis zur Weiterbildung. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen

665

- Inklusive Bildungseinrichtungen mit ausreichenden Ressourcen
  - Programme für nachholende Bildungsabschlüsse und Deutschkurse werden ausgebaut
  - Das Land unterstützt nur Projekte, die faire, tariflich gebundene Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten beinhalten
- 670
- Verdoppelung des jährlichen Anspruchs auf Bildungsurlaub
  - Ausbau der politischen Bildungsarbeit

### **KiTA: Auf den Anfang kommt es an**

675 Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung besonders wichtig: Hier werden die Grundlagen gelegt, die später nur schwer korrigiert werden können. Umso wichtiger ist es, bereits den Jüngsten in unserer Gesellschaft hochwertige Angebote machen zu können. Geld darf dabei keine Rolle spielen, im Gegenteil: die Reichen können sich solche Angebote bereits jetzt leisten und aus der eigenen Tasche bezahlen; die Landesregierung steht in der Pflicht, für alle Kinder gute Rahmenbedingungen zu ermöglichen und für die KiTa-Beschäftigten gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen bereitzuhalten. In 680 diesem Sinne haben SPD-Grüne versagt, weil sie entgegen ihrer Ankündigungen kein KiTa-Gesetz auf den Weg gebracht haben, dass diesen Ansprüchen gerecht wird. Die dritte Kraft an Krippen, die nun kommt, ist ihnen in den Schoß gefallen, da sie dafür Bundesmittel erhalten. Aus eigenem Antrieb heraus haben SPD und Grüne keine wesentlichen Verbesserungen zustande gebracht. In den Kindertagesstätten warten die Eltern auf einen besseren Personalschlüssel; jetzt kürzt die SPD-Grüne Landesregierung sogar 685 noch die KiTa-Zuschüsse für die Kommunen.

DIE LINKE fordert:

- Beitragsfreie Krippen und Kindergärten
  - Ein KiTa-Gesetz, das die landesweiten Standards für die frühkindliche Bildung verbessert und gleichzeitig finanziert
- 690
- Ein besserer Betreuungsschlüssel an Krippen, Kindergärten und Horten: Maximal vier Kinder im Alter bis drei Jahre pro ErzieherIn; maximal acht Kinder im Alter bis sechs Jahre pro ErzieherIn
  - Mehr Verfügungszeiten für die Beschäftigten, um zum Beispiel bessere Elternarbeit zu ermöglichen und Möglichkeiten für Vor- und Nachbereitungen zu haben
  - Flächendeckende Qualifikationsangebote für die Beschäftigten, um mittelfristig alle 695 Beschäftigten auf das Niveau von ErzieherInnen zu heben. Diese Weiterbildung erfolgt bei bezahlter Freistellung

- Eine Aufwertung des ErzieherInnenberufs bei der Bezahlung
- Ein Landesprogramm zum Ausbau von Krippenplätzen mit Ganztagsangeboten, damit hier endlich alle Nachfragen wohnortnah erfüllt werden können.

- 700
- Eine intensivere Verzahnung der Bildungsangebote: Der Wechsel von der KiTa in die Schule muss für die Kinder besser vorbereitet werden
  - Die besondere Förderung von inklusiv arbeitenden KiTas und ihrem Personal.

705 DIE LINKE tritt für wohnortnahe Kindertagesstätten ein, die allen Kindern altersgemäß offen Eine gute KiTa ist multikulturell und inklusiv. Die ErzieherInnen müssen angemessen bezahlt werden und ausreichend Zeit zur Verfügung haben, um jedem Kind mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Die Eltern sollen guten Gewissens und ohne Druck aus der Gesellschaft oder vom Arbeitgeber entscheiden können, wann und für wie viele Stunden am Tag sie ihr Kind in einer KiTa geben. An KiTas gibt es umfangreiche Familienberatungszentren. Die Ausbildung der Erziehungskräfte muss auf Fachhochschulniveau angehoben werden.

## 710 **Schule: länger gemeinsam lernen unter besseren Bedingungen**

715 DIE LINKE kämpft für das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler.-Wir wollen eine demokratisch organisierte Schule und keine Lernfabrik. Durch Ganztagesangebote wird das enge Unterrichtskorsett entzerrt; der Stress soll aus dem Schulalltag sowohl für die Beschäftigten als auch für die SchülerInnen verschwinden. Die Ganztagschule macht auch Hausaufgaben überflüssig, weil die schulische Bildung eben dort stattfindet und außerhalb der Schule Freizeit Vorrang hat. Unser Leitbild ist die Integrierte Gesamtschule, an der alle Abschlüsse erreichbar sind.

720 Die SPD-Grüne Landesregierung hat sich bemüht, wichtige Projekte anzupacken: Ausbau der Inklusion, Ausbau des Ganztagsunterrichts, Stärkung des gemeinsamen Lernens aller SchülerInnen. Sie war allerdings genau das: „*stets bemüht*“. Die Reformen hat sie auf Kosten der Beschäftigten gemacht, indem sie den Lehrkräften unbezahlte Mehrarbeit aufdrückte. Dabei brauchen die Lehrkräfte und die pädagogischen Fachkräfte an den Schulen Entlastung statt noch mehr Belastung. Die Reform der Lehrerausbildung- zu einer einphasigen Ausbildung, die schon früh Praxisanteile in die Ausbildung integriert, steht nach wie vor aus.

725 Die Landesregierung von SPD und Grünen hat das Abitur nach 13 Jahren wiedereingeführt und damit eine gemeinsame Forderung von SPD, Grünen und LINKEN erfüllt., um den massiven Schulstress für Schülerinnen und Schüler aber auch die Lehrkräfte etwas abzumildern. Sie hat aber auch den Versuch gemacht die Lehrerarbeitszeit an den Gymnasien zu verlängern. So etwas hätte die LINKE nie zugelassen. Letztlich ist die Landesregierung mit ihren Plänen vor dem Oberverwaltungsgericht zu Recht gescheitert.

- 730 Auch unter der jetzigen Landesregierung entscheidet der Geldbeutel immer noch über die Bildungschancen. Die in der Oppositionszeit der SPD versprochene Lehrmittelfreiheit wurde nicht eingeführt. Das Aufteilen der SchülerInnen im Alter von zehn Jahren stärkt die soziale Spaltung im Bildungssystem und damit in der Gesellschaft. Deshalb muss das gegliederte Schulsystem überwunden werden.
- 735 DIE LINKE will die soziale Schere auch in der Bildung schließen, kein Kind zurücklassen, jeden verfügbaren Euro in die Bildung stecken, um individuelle Förderung unter guten Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.
- DIE LINKE fordert:
- Stärkung der Gesamtschulen. Änderung des Schulgesetzes: Die Gründung neuer Integrierter Gesamtschulen darf nicht von der Existenz von Gymnasien in der Nähe abhängig sein.
- 740
- Allgemeine Lernmittelfreiheit
  - kostenfreier Schülertransport auch in der Sek II
  - Entlastung für alle Lehrkräfte durch Reduktion der Unterrichtsverpflichtung und besondere Entlastungsstunden für Teilzeitkräfte
  - Mehr SozialbetreuerInnen und Vertrauensmenschen in die Schulen
- 745
- Wiedereinführung der gestrichenen Altersermäßigung für Lehrkräfte
  - Einstellungsoffensive an Schulen für kleinere Klassen
  - Unbefristete Vollzeit-Verträge für alle Beschäftigten in der Schule
  - eine stärker praxis-orientierte einphasige LehrerInnenausbildung, die sich an Schulstufen und nicht an Schulformen orientiert
- 750
- Eine Anhebung des Schulbudgets zur auskömmlichen Finanzierung von Klassenfahrten und Fortbildungen
  - ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten, insbesondere für Inklusion und Medienpädagogik
  - Mehr Ressourcen für die Umsetzung der Inklusion
  - eine Redemokratisierung der Schulen. Mehr Einfluss für die Gesamtkonferenzen und weniger Verwaltungstätigkeiten für die SchulleiterInnen
- 755
- kostenfreies Mittagessen in der Ganztagschule
  - Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichts

- Bundeswehr raus aus den Schulen. – Kein Werben fürs Sterben
- Vermittlung von Medienkompetenz an den Schulen

## 760 **Ausbildung – alle brauchen einen Platz**

DIE LINKE will allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen – kostenfrei, den persönlichen Neigungen entsprechend und qualitativ hochwertig. Die berufliche Bildung soll dabei nicht schlechter dastehen als ein Bachelorstudium. Durch die Verankerung von Qualitätskontrollen und bessere

765 Freistellungsmöglichkeiten für betriebliche AusbilderInnen wird die Ausbildungsqualität für Lehrende und Lernende verbessert. Für Unternehmen gilt: Wer nicht ausbildet, soll zahlen.

Auf dem Ausbildungsmarkt stimmt es hinten und vorne nicht. Im Jahr 2015 kamen auf 100 BewerberInnen nur 88 Ausbildungsplätze; die Behauptung der Arbeitgeber, es gebe zu wenig Jugendliche, stimmt einfach nicht.

770 Neben der mangelnden Anzahl an Ausbildungsplätzen stimmt oft auch die Qualität nicht: Ein Viertel der Azubis ist mit der Ausbildung unzufrieden, bei den Berufsbildenden Schulen ist es sogar fast jedeR zweite. Die psychische Belastung nimmt bereits in der Ausbildung zu, die bedingt werden durch zu hohe Anforderungen und schlechte Ausbildungsbedingungen.

775 Alle Jugendlichen haben aber ein Anrecht auf einen guten Anschluss nach dem Schulabschluss. Am besten an der Hochschule oder in der Dualen bzw. vollzeitschulischen Ausbildung, bei Bedarf gibt es zusätzliche Qualifikationsangebote, die zu einer Ausbildung führen.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Eine Umlagefinanzierung, bei der Betriebe, die nicht ausbilden eine Abgabe zahlen, die ausbildungswilligen Kleinunternehmen zugutekommt
- 780 • wer trotz allem keinen Ausbildungsplatz erhalten hat, erhält ein Angebot für eine vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung und die Möglichkeit auf Förderung durch das Schüler-Bafög. Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche Ausbildung zu wechseln
- 785 • Azubis sind keine billigen Arbeitskräfte, sondern erhalten eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen zum einen die Stellen in den Berufsschulen ausgebaut werden, so dass Azubis mindestens zwei Mal in der Woche für sechs Stunden unterrichtet werden können. Gleichzeitig müssen die Kapazitäten der betrieblichen Ausbilder\*innen gestärkt werden
- einen Mindestlohn für Azubis.

- 790
- Aufwandsentschädigung für PraktikantenInnen

## Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und arbeitnehmerInnenfreundlich

795 DIE LINKE. Niedersachsen steht für eine demokratische und soziale Hochschule, in der Wissenschaft und Bildung für das Allgemeinwohl stehen. Demokratische Teilhabe aller Statusgruppen, Transparenz, die Überwindung von Diskriminierung jeglicher Art, die Sicherung der Durchlässigkeit im Bildungssystem, Lehre und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung, eine hohe Qualität von Studium und Lehre welche zur Mündigkeit anregt, sowie gute Studien- und Arbeitsbedingungen sind die entscheidenden Ziele an denen wir die Hochschulpolitik messen.

800 Hochschulen befinden sich seit Jahren in weitreichenden, betriebswirtschaftlich geprägten Veränderungsprozessen. Das s.o. Prinzip der unternehmerischen Hochschule soll Studierende zu Kunden machen, Bildung zur einer durch Gebühren einkaufbaren Ware, Lehre zu Arbeitsmarkt ausgerichteten Dienstleistung und Hochschulen zu undemokratischen Unternehmen. Durch eine massive Unterfinanzierung sollen Hochschulen, wie Unternehmen um Gelder konkurrieren, welche oft von  
805 privaten Geldgebern kommen. Die Folgen sind Befristung, prekäre Arbeits- und Studienbedingungen, sowie die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit auf Profitinteressen.

Die SPD/Grüne Landesregierung brach ihr Wahlversprechen, die Hochschulen zu Orten zu machen, an denen Demokratie erfahren und gesellschaftliche Verantwortung gelebt werden kann. Sie führt die gescheiterte Politik der unternehmerischen Hochschule wie die vorherigen Landesregierungen  
810 konsequent weiter. fort. Einzelne Verbesserungen sind nur dort erkennbar, wo diese aufgrund der Kritik der Hochschulen am Gesetz sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts absolut notwendig waren. Eine notwendige weitreichende Reform blieb aus.

Wir setzen uns daher ein für:

- Einen massiven Ausbau der Grundfinanzierung, der einhergeht mit einem Entfristungsprogramm für die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen: Dauerstellen für Daueraufgaben  
815
- verbindliche Mindeststandards für gute Arbeit an Hochschulen: Schluss mit den Kurzzeitverträgen. Schluss mit den Kettenbefristungen
- eine Demokratisierung der Hochschulen durch eine verfassungskonforme Viertelparität in den Gremien sowie den akademischen Senat als höchstes beschlussfassendes Organ einer  
820 Hochschule: Hochschulräte sind für die Beratung da, nicht für die Entscheidungsfindung
- Rechte der Personalräte an den Hochschulen dürfen nicht hinter denen in den anderen Bereichen der Verwaltung zurückstehen.



- Ein Ende der Exzellenzinitiative: Flächendeckende Finanzierung für alle Hochschulen statt einzelner elitärer Leuchtturmprojekte
- 825
- Den nachfrageorientierten Ausbau der Studienplätze an allen niedersächsischen Hochschulen, und einen offenen Hochschulzugang für Menschen mit und ohne Abitur.
  - keine weiteren Stiftungshochschulen mehr. Stattdessen muss es ein Rückkehrprogramm für die bestehenden Stiftungen geben
- 830
- eine Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, sowie eine Offenlegung aller Drittmittelgeber: für eine vollständige Transparenzklausel.
  - Einen Stopp die Rüstungsforschung: Für gesetzlich verankerte Zivilklauseln und den Ausbau von Friedensforschung
  - Bundeswehr raus aus den Hochschulen und Universitäten

## 835 **Studium – Bildung mündiger Menschen ohne soziale Hürden**

840 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein Studium frei von wirtschaftlichen Zwängen und finanziellen Nöten absolviert werden kann. Die Studierenden werden nicht als zu formende Humanressourcen behandelt, sondern als vollwertige Mitglieder der Hochschule. Der Einfluss von Wirtschaft und Lobbygruppen auf die Lehre ist zurückzudrängen. Das Studium muss so gestaltet sein, dass Lehrende und Lernende ausreichend Zeit für Diskussion und Erkenntnisprozesse haben.

845 Die Bedingungen, unter denen das Studium stattfindet, sind katastrophal. Leistungsdruck, Notenwahn, Regelstudienzeit, Konkurrenz zwischen Studierenden und die Langzeitstudiengebühren sind unzumutbar. Dies alles führt zu miserablen Lehr- und Lernbedingungen in denen Studierende durch Lernstress und finanzielle Sorgen krank werden.

850 Für DIE LINKE muss das Studium muss hingegen Zeit und Raum bieten, in denen man seiner Motivation, Neugier und Freude am Lernen ohne Zwang und Konkurrenz nachgehen kann. Hochschulen sind Orte in denen die Erfahrungen der Menschheit aus einem reichhaltigen kulturellen und wissenschaftlichen Erbe geschöpft werden können. Orte um sich diese Welt gemeinsam wissenschaftlich anzueignen, Wissen zu mehren und seine Persönlichkeit weiterzuentwickeln im Sinne einer friedlichen und sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft.

Wir setzen uns daher ein für:

- Die Abschaffung aller Gebühren einschließlich des Verwaltungskostenbeitrags-sowie eine

bedarfsdeckende, elternunabhängige und staatliche Ausbildungsfinanzierung.

- 855
- die stärkere Öffnung der Hochschulen für Menschen ohne Abitur. Nicht nur auf dem Papier durch das Angebot von Brückenkursen, sondern auch verankert im Selbstverständnis jeder Hochschule und gestärkt durch öffentliche Förderprogramme
  - didaktischen Fähigkeiten als wesentlichen Bestandteil bei der Berufung von ProfessorInnen
  - Die demokratische, aus dem Wissenschaftswesen selbst heraus entstehender Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Studium und Lehre statt dem derzeitigen Akkreditierungsverfahren durch Externe
- 860
- die vollständige Durchlässigkeit von Bachelor- zu Masterstudiengängen. Wer einen Bachelorabschluss macht, erhält einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz
  - die Aufhebung der Regelstudienzeit und die wirksame Abschaffung der Anwesenheitspflicht.
- 865
- Ein Ende der prüfungsgebundenen Exmatrikulation und dem damit verbundenen bundesweiten Studierverbot.

## Demokratisches Niedersachsen

### Mehr Demokratie wagen

870 Bürgerinnen und Bürger wollen an den politischen Entscheidungen teilhaben. In Niedersachsen haben sie grundsätzlich nur alle fünf Jahre die Möglichkeit, ihre Meinung über die Landespolitik per Stimmzettel kundzutun. Eine lebendige Demokratie braucht aber mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen. Damit die Einwohner\*innen ihre Interessen besser wahrnehmen und sich an Entscheidungen des demokratischen Gemeinwesens aktiv beteiligen können.

875 Immer noch ist es auch in Niedersachsen so, dass vielen Menschen ohne deutschen Pass das Wahlrecht vorenthalten wird, obwohl sie hier schon lange leben und arbeiten und auch Steuern zahlen. Sie wollen beteiligt sein wollen.

DIE LINKE setzt sich ein für ein Wahlrecht für alle, die hier schon lange leben.

880 Junge Menschen müssen mit 16 Jahren auch den Landtag wählen können. Es gibt keinen sachlichen Grund für unterschiedliche Altersgrenzen bei Wahlen auf kommunaler und auf Landesebene.

Demokratische Teilhabe besteht aber nicht nur darin, wählen zu gehen. Bürgerentscheide und Volksabstimmungen sind Elemente der direkten Demokratie. Trotz abgesenkter Quoren bei

885 Volksentscheiden sind diese Beteiligungsrechte zu wenig bekannt und werden zu selten genutzt. DIE LINKE will diese Rechte bürgerfreundlicher gestalten und zu einem selbstverständlichen Bestandteil politischer Beteiligung machen.

**Wir werden die Voraussetzungen für mehr Bürgernähe schaffen und fordern:**

- Kommunales Wahlrecht für alle, die ihren ersten Wohnsitz mindestens 3 Monate in der Kommune haben
- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre
- 890 • Bürgerentscheide vereinfachen durch transparente Anwendung in der Kommunalverwaltung
- Bürgerentscheide sollen zu allen Fragen möglich sein, die in die Entscheidungskompetenz der jeweiligen kommunalen Vertretung fallen (Verzicht auf Thementauschlüsse), insbesondere auch zu Fragen der Bauleitplanung, weil diese für die Einwohnerinnen und Einwohner oft besonders wichtig sind.
- 895 • Frühe Beteiligung bei allen Planungen in der Kommune und im Land z.B. bei Windkraftanlagen, Autobahnen usw. Dabei sind die Teilhabemöglichkeiten mittels digitaler Medien zu schaffen, ohne die persönliche Beteiligung zu beeinträchtigen.
- Reform des Personalvertretungsgesetzes. Mehr Rechte für die Personalräte
- Demokratisierung des Versammlungsrechts. Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht.
- 900 • Rücknahme der Restriktionen, die durch frühere Regierungen geschaffen wurden

**Finanzieller Zwang schränkt Demokratie ein**

Die Kommune ist der Ort, an dem die Menschen die politischen Entscheidungen direkt erleben. Und es sind gerade die Kommunen, die am stärksten unter dem Diktat der „Schwarzen Null“ im Landeshaushalt leiden. Die niedersächsische Landesregierung hat sich diesem nicht nur unterworfen, sondern hat es sich zu Eigen gemacht. Finanzierungsüberschüsse bei einigen Kommunen-sind kein Grund zur Entwarnung.-

905

Positive Finanzentwicklungen sind zudem oft durch einen erheblichen Investitionsverzicht der Kommunen zulasten der Infrastruktur teuer erkaufte. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen klafft weit auseinander. So sind viele Kommunen finanziell nicht mehr in der Lage, für die Einwohner\*innen wichtige und notwendige Investitionen zu tätigen. Wer das grundgesetzlich garantierte

910

Recht der kommunalen Selbstverwaltung ernst nimmt, der muss die Kommunen finanziell besser ausstatten. Der Druck der SPD-Grünen-Landesregierung auf Kommunen, sich aus finanziellen Gründen mit anderen zusammenzuschließen, führt zu größeren Verwaltungseinheiten und oft zu weiteren Wegen für die Einwohner\*innen. Sinnvolle kommunale Zusammenschlüsse, die die Servicefunktion für die Bevölkerung verbessern statt zu verschlechtern müssen demokratisch legitimiert werden. Eine

915 verbindliche BürgerInnenbefragung vor der Umsetzung von organisatorischen Änderungen ist unverzichtbar. Ansonsten geht die Nähe zu politischen Entscheidungen sowie den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern verloren und vergrößert die Distanz zu demokratischen Beteiligungsprozessen.

920 DIE LINKE steht für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Forderung nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Das Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Daseinsvorsorge sowie wohnort- und einwohner\*innen-nahe Daseinsvorsorge und Dienstleistungen stehen im Vordergrund. Dabei sind die Belange von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu berücksichtigen. DIE LINKE verteidigt die einwohner\*innen-nahe kommunale Daseinsvorsorge. Dazu gehört eine dezentrale Energieerzeugung vor Ort. Wir wollen außerdem verhindern, dass insbesondere Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung aus der Fläche zurückgezogen wird und sich die Versorgung verschlechtert. Auch in stadtfernen Kommunen muss der Zugang zu fachärztlichen Diensten gesichert sein. Wir streiten an der Seite der Einwohner\*innen für den Erhalt von Schulen, Kitas, Bibliotheken, Museen, Theatern, Sportplätzen und Schwimmbädern.

930 Transparenz ist eine Voraussetzung für eine Politik, die dem Menschen zugewandt ist. Die Mitglieder des Landtages sind verpflichtet, ihre Einkünfte aus Tätigkeiten neben ihrem Abgeordnetenmandat offenzulegen. Parteispenden sind zu veröffentlichen. Ebenso notwendig sind Initiativen zur größeren Transparenz von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist bzw. die dem Land gehören. Um diese Politik der Offenheit nicht nur auf der Landesebene zu verwirklichen, muss die niedersächsische Kommunalverfassung weiter demokratisiert werden.

**Wir wollen die demokratische Selbstbestimmung und die finanziellen Grundlagen stärken, indem das Land folgende Punkte umsetzt:**

- Kommunale Selbstverwaltung stärken und besser finanziell ausstatten
- Durch den Einsatz von mehr Steuerprüferinnen und -prüfer sollen auch Unternehmen regelmäßig kontrolliert werden., was auch den kommunalen Haushalten zu Gute kommt
- Niedersachsen ergreift eine Bundesratsinitiative zur Umwandlung der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindefortschrittssteuer. Hierzu sollen ertragsunabhängige Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren in voller Höhe in die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer einbezogen sowie alle Schuldzinsen hinzugerechnet werden, um auch die Konjunkturabhängigkeit weiter zu mildern. In die Steuerpflicht sollen jede selbstständige nachhaltige Betätigung und auch Freiberufler\*innen wie Ärzt\*innen, Anwalt\*innen und Architekt\*innen einbezogen werden, wobei die genannten Belastungen auf die Einkommenssteuer angerechnet werden können. Soziale Belange kleiner Unternehmen und von Existenzgründer\*innen müssen berücksichtigt werden. Dafür dienen unter anderem sozial gerechte Freibeträge.

- 950 • Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wird reformiert. Gemeinde- und Gebietsreformen nur mit Bürgerentscheid; auch der Hauptausschuss soll weitestgehend öffentlich tagen; Restriktionen aus Entschuldungsfond („Zukunftsverträge“) sind zu streichen; Verbandsklagerecht für Nichtregierungsorganisationen (NGO) auch für die kommunale Ebene
- 955 • Es sind die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, u.a. durch eine Bundesratsinitiative, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Landes in Aufsichtsräten privater und öffentlicher Unternehmen dem Weisungsrecht des Landesparlamentes unterworfen werden können. Dieses soll auch für kommunale Unternehmen und die kommunale Vertretung möglich werden. Bei der Besetzung von Aufsichtsgremien sind ist die Geschlechter paritätisch zu berücksichtigen.
- Lobby-Register für Parlament, Behörden, Stiftungen
- 960 • Direkte Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner\*innen in den Kommunen sind zu stärken:
  - Bedingungen für die Durchführung von Bürgerhaushalte sind rechtlich im NKomVG zu verankern.
  - Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliches Engagement (z.B. Freiwillige Feuerwehr, Politik, Sozialarbeit, Sportverbände) sind zu verbessern
  - Verbesserte Mitwirkungsrechte für Kinder und Jugendliche schaffen, Bedingungen für Jugendparlamente verbessern
- 965 • Öffentliche Räume für Initiativen zur Verfügung stellen, Förderung von Kinder- und Jugendforen

## **Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums**

- 970 Der Reichtum des Landes konzentriert sich in wenigen Händen. Die öffentliche Armut nimmt zu. Wenn das Geld zum Schutz öffentlichen Eigentums knapp wird, ist schnell das Thema „Verscherbeln öffentlichen Eigentums“ auf dem Tisch. Jetzt ist sogar die Verkehrsinfrastruktur dran. Das Land Niedersachsen hat die Privatisierung von Autobahnen zwar öffentlich immer kritisiert, um dann doch die Schaffung einer Bundesfernstraßengesellschaft durchzuwinken, mit der gerade das ermöglicht werden soll. Die Beschäftigten in der Landesstraßenbaugesellschaft fürchten um ihre tariflich gesicherten Arbeitsplätze, wenn sie auf private Vorhabenträger übergehen.
- 975

Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums. Sie schränkt demokratische Beteiligung ein und macht Projekte häufig teurer, als wenn sie öffentlich umgesetzt werden. Der Verkauf öffentlichen Eigentums insbesondere in der Daseinsvorsorge muss auf allen Ebenen rückgängig gemacht werden.

980 **Wir werden**

- gezielt Einrichtungen der Daseinsvorsorgen zurück in die öffentliche Hand holen
- öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) bekämpfen, sie begünstigen private Investoren und belasten öffentliche Haushalte-
- das Sparkassengesetz verteidigen, um auch in der Finanzpolitik die totale Privatisierung zu verhindern

985

## **Freiheit braucht Gleichheit beim Zugang zu digitalen und analogen Medien**

990 Das offene Internet bietet vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten an öffentlichen Entscheidungen des Landes. Es kann Transparenz schaffen und die Demokratie festigen, wenn es nicht den Verwertungsinteressen privater Dienstanbieter untergeordnet wird. Die niedersächsische SPD-Grünen-Regierung beschränkt sich auf die Förderung, scheut aber eigene Investitionen für ein flächendeckendes schnelles Internet für alle. Es reicht nicht aus, ständig auf den Bund zu zeigen, wo unter Beteiligung der SPD weiterhin auf die privaten Investoren gewartet wird. Weder der Wohnort noch die finanzielle

995 Situation der Einwohner\*innen dürfen zu einer digitalen Spaltung der niedersächsischen Gesellschaft führen.

Öffentlich erhobene Daten sind frei zugänglich und in einem bearbeitbaren Format zur Verfügung zu stellen (Open Data). Durchsetzbare Auskunftsansprüche sind in das Landesrecht aufzunehmen. Einheitliche Standards müssen sicherstellen, dass öffentliche Daten barrierefrei zur Verfügung stehen.

1000 Öffentliche Dienstleistungen über das Netz dürfen nicht zum Ausschluss von Einwohner\*innen führen oder sie einseitig finanziell belasten, weil sie nicht über eine notwendige digitale Endgeräte verfügen. Die Landesregierung soll Verwendung von Open-Source-Software fördern.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist das Eigentum der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler. Die Aufsicht obliegt ihnen.-Medienkompetenz entwickelt sich nicht zuletzt durch eigenes Tun. Inhalte kritisch hinterfragen zu können ist nur möglich, wenn die Perspektive der Konsumentin oder des Konsumenten verlassen werden kann. Die Bürgermedien müssen eine echte dritte Säule im Rundfunksystem bilden.

1005

### **Freiheit und Gleichheit im Internet wollen wir mit folgenden Forderungen durchsetzen:**

- Breitband-Ausbau insbesondere auf dem Land
- Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden
- Netzneutralität muss durch entsprechende Bandbreiten sichergestellt werden, keine Volumen-

1010

und Geschwindigkeitsbegrenzungen, die mit höheren Kosten verbunden sind

Strahlungsschäden durch Netze erforschen und risikoarme Varianten nutzen

- Stärkung von Bürgermedien; Bürgersender und Offene Kanäle müssen ausreichend finanziert werden

1015

- Ausbau des Bürgerfunks und der Bürgermedien ohne Werbung oder andere Formen der Kommerzialisierung
- Meinungsfreiheit im Netz bleibt ein wichtiges Gut. Das schließt nicht aus, rechtsextreme und rassistische Hetze wirksam bekämpfen zu können.
- Informationsfreiheitsgesetz

1020

## Sicherheit ohne Überwachungsstaat

1025 Die Überwachung im öffentlichen Raum nimmt zu. Kameras auf Bahnhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an öffentlichen Plätzen, Supermärkten und anderswo sollen angeblich Straftaten verhindern, tatsächlich verlagern sie nur Kriminalität. -Tatsächlich stellen sie jedoch die Bürgerinnen und Bürger, die in den Blick der Kameras geraten, unter Generalverdacht. Die Kontrolle über die Verwendung und die Speicherung ist für die Bürgerin und den Bürger kaum möglich.

1030 Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden Bürgerrechte eingeschränkt. Nicht größere Sicherheit, aber stärkere Überwachung ist das Ergebnis der gegenwärtigen Sicherheitspolitik in Bund und Land. Der Weg in den Überwachungsstaat muss durch demokratische Kontrolle und Begrenzung der Datensammelwut verbaut werden.

1035 Der niedersächsische Verfassungsschutz schützt die niedersächsische Verfassung nicht. Teile der LINKEN und andere radikal-demokratischen Kräfte geraten ins Visier der Schlapphüte, ohne dass demokratisch legitimierte Institutionen vollständig informiert sind. Die niedersächsische Landesregierung baut den Schnüffelapparat aus und stockt das Personal beim Landesamt für Verfassungsschutz ebenso auf wie die Sachmittel. Zur Kontrolle werden die Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zwar informiert, doch die Interna des VS bleiben auch Ihnen verborgen. DIE LINKE tritt ein für ein Ende der Geheimdienstpolitik.

1040 Wir wollen eine bürgernahe Polizeiarbeit. Sie muss verhältnismäßig sein und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten, ohne Freiheitsrechte oder demokratische Kontrollrechte einzuschränken. Polizistinnen und Polizisten sollen im Dienst grundsätzlich Nummern oder Namensschilder tragen, um sie ggf. identifizieren zu können. Eine unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung polizeilichen

1045 Fehlverhalten sichert Rechte von Einwohner\*innen und mindert zugleich die Gefahr, dass durch falsch verstandenen Corps-Geist polizeiinterne Verfehlungen nicht geahndet werden. Die Polizei darf nicht mit immer mehr Aufgaben beladen werden. Sie ist von der Verfolgung von Bagatelldelikten wie z. B. illegaler Einreise, Schwarzfahren oder Drogengenuss zu entlasten.

**Wir wollen mehr Sicherheit. Darum fordern wir:**

- Verfassungsschutz abschaffen
- 1050 • Unabhängige Beschwerdestelle für Polizeiangelegenheiten; Polizeiausbildung an normalen Hochschulen
- Gegen Rückzug von Polizei aus der Fläche
- die allgemeine Beschränkung des kleinen Waffenscheins sowie dessen strengere Kontrolle

1055 **Für ein friedliches und weltoffenes Niedersachsen**

**Wir sind ALLE hier zu Hause!**

1060 Eine solidarische Gesellschaft ist für uns LINKE eine Selbstverständlichkeit, Diskriminierung muss überall bekämpft werden. DIE LINKE steht für **das große Ziel** einer humanen und menschenrechtsorientierten Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbstbestimmtes Leben, Anerkennung kultureller Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe an der politischen und kulturellen Gestaltung des Landes ermöglicht. Diskriminierung in den verschiedenen Lebensbereichen – etwa Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Zugang zu Bildung – müssen stärker bekämpft, Antidiskriminierungsarbeit und Initiativen gegen Rassismus gestärkt werden. Rassistische Verdächtigungen durch die Polizei sind zu bekämpfen.

1065 Die Begegnung vieler Teilkulturen begreift und verteidigt DIE LINKE als Bereicherung. Sie setzt sich dafür ein, dass ein wesentlicher Bestandteil ländlicher Kulturpolitik auf die Schaffung und Unterstützung interkultureller Begegnungsstätten gerichtet ist.

1070 Obwohl viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, werden sie viel zu wenig in die Gestaltung Niedersachsens einbezogen.

Niedersachsen muss auch für über 222.000 Migrantinnen und Migranten mehr als bisher ein Zuhause



1075 werden. Viele Behörden und soziale Einrichtungen in Niedersachsen haben sich aber noch zu wenig oder kaum damit auseinandergesetzt, dass wir in einem Land mit vielen Kulturen, Sprachen und Gewohnheiten leben. Das führt noch viel zu oft zu Diskriminierung und struktureller Ausgrenzung von Einwohnerinnen und Einwohnern aus anderen Bevölkerungen und Ländern. Wir brauchen eine Kultur der gegenseitigen Akzeptanz und des kulturellen Austausches.

**DIE LINKE fordert** daher:

- die Einbürgerung durch zügige Verfahrensbearbeitung zu erleichtern
- genügend Sprachkurseangebote für Erwachsene ohne lange Wartezeit
- 1080 • muttersprachlichen Unterricht in allgemeinbildenden Schulen, KiTas und weiteren Schulformen zu unterstützen und dies nicht nur als AGs anzubieten. Jedes Kind und jeder Jugendliche muss die allgemeinbildenden Schulen und Kindergärten in seiner Nähe besuchen können.
- mehr Beratungsstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund
- 1085 • Referate für interkulturelle Angelegenheiten einzurichten und vorhandene Antidiskriminierungsstellen zu stärken
- Keine unbegründete Verdächtigung islamischer Einrichtungen aber auch keine Zusammenarbeit mit staatlich gelenkten Religionsvereinigungen wie DITIB
- Finanzmittel des Landes zur Gründung von „Häusern der Kulturen“ in Städten und ländlichen Gemeinden, um Vorurteilen zu begegnen und die Entdeckung von Gemeinsamkeiten zu ermöglichen
- 1090 • gleiche Behandlung bei der Vergabe von Arbeitsstellen für Arbeitssuchende mit und ohne Migrationshintergrund, Landesprogramme für den öffentlichen Dienst zur Förderung des Anteils der Migrantinnen und Migranten auf den Gesamtbevölkerungsanteil
- 1095 • Beschäftigte in Einrichtungen wie Krankenhäusern und Schulen von der Anzeigepflicht von „Illegalisierten“ zu befreien, wenn diese medizinische Versorgung benötigen oder ihre Kinder eine Schule besuchen
- eine Bundesratsinitiative für ein Wahlrecht auch für Menschen aus Nicht-EU-Ländern und die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft

## 1100 **Asyl ist ein Menschenrecht**

Wir wollen langfristig eine Welt ohne Grenzen. Diesem Traum kommen wir nicht näher, wenn die Grenzen zur EU, Deutschland und damit zu Niedersachsen wieder mit Mauern und Zäunen abgeriegelt werden. Wer vor Krieg, Hunger, Armut, Verfolgung, Klimakatastrophen flieht, darf nicht an den Grenzen unseres Landes abgewiesen werden.

Die Lage der Geflüchteten ist eine Katastrophe auch in Niedersachsen. In einem Land wie Deutschland, das zu den reichsten der Welt gehört, ist diese Situation völlig inakzeptabel. Asyl ist ein Menschenrecht und muss in Niedersachsen zur Grundlage der Politik werden. Die niedersächsische Regierung unternimmt nichts gegen diese bundesweite Praxis, sondern forciert Abschiebungen teilweise. Es finden unter einer SPD/Grünen-Regierung wieder Nachtabschiebungen statt, das niedersächsische Aufnahmeprogramm für Syrer ist auf Eis gelegt.

Sprachkurse werden nur Geflüchteten mit Bleibeperspektive gewährt, obwohl auch andere jahrelang hier leben und sich integrieren wollen. Ebenso unhaltbar ist die Chance der Geflüchteten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt aus. Menschen werden zu einem Leben in Sammelunterkünften ohne Privatsphäre und Arbeitslosigkeit gezwungen. Die medizinische Versorgung wird nur in Akutfällen gewährt. Traumata werden hingenommen statt sie zu behandeln. Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge wird eingeschränkt, was zu mehr Fluchten auf lebensgefährlichen Wegen führt. Die wieder praktizierte Abschiebehaft treibt Geflüchtete in Verzweiflung und u.U. in den Tod.

Der angekündigte Paradigmenwechsel von SPD und Grünen ist ausgeblieben!

Um dies zu verändern, werden wir uns, wie wir es außerparlamentarisch und in kommunalen Parlamenten seit langer Zeit tun, weiterhin zusammen mit der Willkommensinitiative als einer der Anwälte für das Menschenrecht auf Asyl einsetzen. DIE LINKE fordert:

- Aussetzung der Abschiebungen Geflüchteter, insbesondere minderjähriger Kinder sowie ihrer Familie
- Abschaffung der Abschiebehaft sowie Nachtabschiebung
- dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“ spätestens nach fünf Jahren
- Sicherung des Familiennachzugs, insbesondere bei minderjährigen Flüchtlingen. Beseitigung künstlich errichteter bürokratischer Hürden
- humanitäre Initiative Niedersachsens zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern an den Grenzen Europas, insbesondere aus Griechenland
- Wiederherstellung des Rechts auf Asyls sowie die Schaffung von legalen Fluchtwegen über

## Initiativen im Bundesrat

- Wiederherstellung des niedersächsischen Aufnahmeprogramms für Syrer\*innen
- 1135 • Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund, die in Deutschland verwurzelt sind, werden entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht abgeschoben
- Kultursensible Ausbildung aller Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie aller MitarbeiterInnen in anderen Bereichen, die mit Geflüchteten zu tun haben
- 1140 • Förderung der Flüchtlingsbetreuung durch Fachpersonal unter Einbeziehung Ehrenamtlicher, die eine Aufwandsentschädigung erhalten
- unabhängige Asylverfahrensberatung in allen Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), wobei die Orientierung über die Abläufe und eine unabhängige Beratung vor Beginn des Asylverfahrens sichergestellt werden
- 1145 • Gut ausgestattete Sozialdienste in den Aufnahmezentren (AZ) und Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), Gewährleistung medizinischer Versorgung und psychologischer Beratung in den AZ und EAE
- Angebote zur Kinderbetreuung sowie zur Unterstützung besonders Schutzbedürftiger in den AZ und EAE
- 1150 • Beschulung aller Kinder und Jugendlichen in allen EAE, in denen Geflüchtete länger als vier Wochen untergebracht werden
- keine unbefristete Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Lagern, stattdessen Verteilung der Geflüchteten unabhängig von der Bleibeperspektive nach erfolgter Asylantragstellung auf die Kommunen
- 1155 • Flächendeckende Errichtung unabhängiger Beratungsstellen für Geflüchtete, die durch das Land gefördert werden
- Institutionelle Förderung außerparlamentarischer Initiativen, die eine humane Flüchtlingspolitik zum Ziel haben
- Angebot, bzw Erweiterung entgeltfreier Sprach- und Integrationskurse, die nur durch Fachpersonal gegeben werden
- 1160 • schnellstmögliche Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften, Schaffung dezentraler integrativer Wohnmöglichkeiten- und Projekte

- Ausweitung der Gesundheitsvorsorge und Behandlung von Erkrankungen auch außerhalb der Akutversorgung unter Einbeziehen der psychischen Situation
- 1165
- Partnerunabhängiges Bleiberecht von Geflüchteten und die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe, keine Koppelung des Bleiberechts an den Fortbestand einer Ehe
  - gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen Regionen
- 1170
- Umsetzung des Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Stand des Asylverfahrens und der Bleibeperspektive, dabei zügige und sensible Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher durch zusätzlicher psychologische und pädagogische Begleitung durch Fachkräfte
  - Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete
  - aufschiebendes Vetorecht der Härtefallkommission gegenüber Abschiebungen, wobei die Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission abgesenkt werden
- 1175

Das Grundrecht auf Asyl muss umfassend wiederhergestellt werden und soziale Einrichtungen, die die Wahrnehmung und Verwirklichung der Grundrechte ermöglichen, finanziell, personell und inhaltlich massiv gestärkt, ausgebaut und für alle zugänglich gemacht werden. Gegen Nationalchauvinismus und die menschenverachtende Ungleichheitsideologie von Rechts setzt DIE LINKE Niedersachsen ein Zusammenleben aller Menschen in Frieden und Solidarität.

1180

## **Antifaschismus: Gemeinsam für Verbesserung statt Spaltung von Rechts**

1185 Während viele Tausend Menschen sich solidarisch in der Betreuung und Versorgung von Geflüchteten engagieren und gegen Menschenhass auf die Straße gehen, ist auf rechter Seite und z.T. bis in die Mitte der Gesellschaft eine Verrohung des gesellschaftlichen Klimas zu beobachten. Geistige Brandstifter von NPD und AfD bis Pegida schüren rassistische Vorurteile gegenüber Asylsuchenden und propagieren ein Menschenbild, das von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit geprägt ist. Sie versuchen, die gesellschaftlich weit verbreitete Unzufriedenheit mit der allgemeinen sozialen Lage, gegen Geflüchtete zu wenden, um von den Ursachen sozialer Probleme abzulenken. Während sich die Bundesregierung 1190 ihres vorgeblichen Humanismus lobt, verschärft sie das Asylrecht und die SPD-Grüne Koalition aus Niedersachsen stimmt dem im Bundesrat oft zu.

1195 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in Niedersachsen. Auch hier gibt es Übergriffe gegen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte, werden insbesondere Geflüchtete, Migrant\*innen, Schwule und Lesben, Antifaschist\*innen, Gewerkschafter\*innen und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, verbal und körperlich attackiert. Angesichts

aktueller Zahlen der niedersächsischen Landesregierung, denen zufolge allein im Jahr 2016 rund 1622 rechte Straftaten gezählt wurden, bedarf es einer langfristigen Strategie gegen rechte Gewalt. Solidarität mit den Betroffenen gewinnt dabei ebenso an Bedeutung, wie die uneingeschränkte Aufklärung über die wahren Ursachen sozialer Probleme, sowie über die Mythenbildung im Zusammenhang mit der Flüchtlingsversorgung.

1200

Als antifaschistische Partei stellt DIE LINKE Niedersachsen sich seiner Verantwortung und sagt jeder Form von Menschenfeindlichkeit ihren Kampf an!

Wir wirken für breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist\*innen, Gewerkschafter\*innen, Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen. Der Staat darf antifaschistisches Engagement nicht behindern oder kriminalisieren. Faschistische Organisationen müssen konsequent verboten, rechte Straftaten effektiv verfolgt werden.

1205

Die LINKE fordert:

1210

- das Verbot jeglicher faschistischer Gruppierungen und Organisationen,
- die Förderung von Aussteigerprogrammen für Angehörige der extremen Rechten,
- die Abkehr von rassistischen Verdrängungs- und Kriminalisierungspraktiken
- eine stärkere Verbreitung von antifaschistischen Inhalten in Bildungs- und Kultureinrichtungen,
- eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie mit der Aufgabe der Dokumentation sowie öffentlichen Aufklärung über neonazistische und andere menschenfeindliche Ideologien

1215

- Konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“)
- Keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen
- Projekte und Initiativen gegen Neofaschismus unterstützen

1220

- einen Ausbau des Schutzes vor rassistischer Ausgrenzung und Gewalt, durch z.B. flächendeckende Informations- und Beratungsstellen
- 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus als gesetzlicher Feiertag
- Aufarbeitung der bisherigen V-Leute-Praxis beim Verfassungsschutz
- Erhalt und Ausweitung der Mahn- und Gedenkstätten der Opfer des Faschismus sowie des antifaschistischen Widerstands

1225

## Europa

- 1230 DIE LINKE setzt dem ein derzeitigen realen ein Europa der Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit entgegen. Europas Zukunft muss mehr Demokratie und Ausgleich heißen, statt weniger. Wir wollen die europäischen Institutionen demokratisieren und die undemokratische Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Statt die „Festung Europa“ durch Kriegsführung, Rüstungsexporte und das menschenverachtende Frontex-Regime auszubauen, muss Europa endlich eine friedliche und solidarische Außenpolitik einleiten und zu einem humanen Umgang mit Flüchtlingen finden.
- 1235 Uns leitet die Überzeugung, die ursprüngliche europäische Idee der Demokratie, des Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit von Niedersachsen aus zu leben. Für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort soll auch der gleiche Lohn gezahlt werden, unabhängig davon, aus welchem Land die arbeitenden Menschen kommen.
- 1240 Die europäische Idee könnte eine zutiefst linke, internationalistische Idee sein. Unsere Idee basiert auf den Säulen der Demokratie, des Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit. 60 Jahre nach Abschluss der römischen Verträge befindet sich die Europäische Union (EU) jedoch in ihrer schwersten Krise. In der so genannten „Flüchtlingskrise“ setzen immer mehr Staaten auf Abschottung und Nationalismus. Rechtspopulisten und offen faschistische Parteien machen sich diese Stimmung in immer mehr Staaten zunutze. Der Umgang mit Griechenland seit der Finanzkrise hat gezeigt, dass sich die EU immer weiter von unserer Vorstellung eines solidarischen Europas entfernt.
- 1245 Den wirtschaftlich schwächeren Ländern in Südeuropa wird eine Austeritätspolitik aufgezwungen, die zu katastrophalen sozialen Verhältnissen führt. Marktradikale und egoistische Politik ist an der Tagesordnung und lässt die Union zu einer reinen Wirtschaftsunion verkommen. Es droht die Aufstellung einer Europäischen Armee, die ohne Kontrolle durch das europäische oder die nationalen Parlamente für vermeintliche „europäische Interessen“ eingesetzt werden kann und so die Flüchtlingszahlen nur noch
- 1250 weiter in die Höhe treibt.
- 1255 Niedersachsen erhält aus den verschiedenen Programmen der EU im aktuellen Förderzeitraum (2014-2020) immerhin 2,1 Milliarden Euro an EU-Mitteln. Dabei zielen auch die niedersächsischen Landesprogramme zur Vergabe von EU-Mitteln (zielen) in erster Linie auf sogenannte Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, während Ziele wie die Angleichung unterschiedlicher Lebensbedingungen und Umweltschutz zu kurz kommen. Gelder fließen auch in Niedersachsen in vermeintlich zivile Forschungsprogramme wie „Horizont 2020“, die tatsächlich verdeckte Rüstungsforschungsprogramme sind oder millionenschwere Prestigebauten wie das neue Hauptgebäude der Universität Lüneburg, dessen Gesamtkosten derzeit auf rund 100 Millionen Euro geschätzt werden.
- 1260 Für Außenstehende ist es kaum nachvollziehbar, wie die zur Verfügung stehenden Fördermittel vergeben werden. Selbst in den Verwaltungen der Kommunen und Landkreise sorgt die unübersichtliche Förderlandschaft immer wieder für Verwirrung. Es ist daher auch verständlich, wenn es in der

Bevölkerung immer wieder Zweifel daran gibt, ob bei der Fördermittelvergabe alles mit rechten Dingen zugeht und wie man an Fördermittel zum Beispiel für kulturelle oder soziale Vorhaben kommt. Daran hat auch die Einrichtung der Ämter für regionale Landesentwicklung wenig geändert.

1265 Obwohl der größte Teil der in Deutschland erlassenen Gesetze durch europäische Vorgaben bestimmt ist, unterschätzen immer noch die meisten Menschen in Deutschland die Bedeutung der Europäischen Union für ihre Lebensbedingungen. DIE LINKE wird im Niedersächsischen Landtag auch weiterhin in dieser Frage Aufklärung und Transparenz schaffen, um dem Trend immer geringerer Wahlbeteiligung bei Europawahlen entgegenzutreten.

1270 DIE LINKE fordert daher:

- Ausrichtung der Programme zur Vergabe von EU-Mitteln auf Nachhaltigkeit, regionale Wirtschaftskreisläufe, Angleichung der Lebensbedingungen und einen fairen Umgang mit anderen Ländern im Außenhandel.
- Eine Bundesratsinitiative für ein soziales, solidarisches, ökologisches und friedliches Europa.

1275 • Vollständige, klare und offensive Information über vergebene EU-Mittel – wer hat wie viel wofür bekommen?

- Vollständige, klare und offensive Information über die Möglichkeiten der Beantragung von EU-Fördermitteln.

1280 • Effizientere und transparentere Gestaltung der Beteiligung des Landtages bei der europäischen Gesetzgebung.

- Niedersächsische Informations- und Bildungsstrategie „Europabewusst machen“, damit alle wissen, welche Bedeutung die Europäische Union hat.

- Die Stärkung des Europäischen Informationszentrums (EIZ).

## 1285 **Der Frieden als A und O unseres Wirkens**

1290 In der Welt vollziehen sich grundlegende Veränderungen. Die Vorherrschaft der USA als einzige verbliebene Supermacht ist infrage gestellt. Eine multipolare Welt ist im Entstehen. Die Europäische Union versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen. Kriege gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU als taugliches Mittel der Politik. Der Schutz der Menschenrechte und der Kampf gegen den Terror werden als Vorwände missbraucht, um Kriege für niedere Beweggründe zu legitimieren.

1295 Die Bundeswehr ist mittlerweile an Militäreinsätzen in Europa, Asien und Afrika sowie im Mittelmeer und am Horn von Afrika beteiligt und soll nach dem Plan der NATO unter dem CDU-geführten Kriegsministerium unter dem Slogan „Mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“ weiter zu einer aggressiven Angriffsarmee aufgerüstet werden. Der Wehr-Etat soll bis 2024 von 30 auf 60 Milliarden Euro verdoppelt werden, die Bundesrepublik befeuert damit das weltweite Wettrüsten, derweil Deutschlands Rüstungsindustrie, mit dem Segen der SPD, durch ihre Waffenexporte weiterhin mit dem Tod Spitzengeschäfte macht.

1300 Waffenherstellende und -exportierende Betriebe und Rüstungsforschende Einrichtungen machen Niedersachsen zu einem bedeutenden Rüstungsstandort in der Bundesrepublik. Niedersachsen ist zudem eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchgangsgebiete für die NATO und bietet der Bundeswehr einen der wichtigsten Truppenübungsplätze. Krieg, Zerstörung und die Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihren Heimatländern wird auch hier vor Ort vorbereitet. Niedersachsen muss dagegen zu  
1305 einem Land werden, von welchem aus Kriegsursachen bekämpft werden und Menschen international geholfen wird.

## Niedersachsen als Friedensstifterin

1310 DIE LINKE Niedersachsen steht an der Seite aller Völker und setzt sich für eine Politik ein, die konsequent an Frieden, Abrüstung und internationaler solidarischer Zusammenarbeit orientiert ist. Dafür stehen wir als Teil der Friedensbewegung für eine zivile Entwicklung. Wir setzen uns daher ein für:

- die Beendigung aller Auslandseinsätze sowie die Auflösung der NATO. Niedersachsen kann die Bundesregierung über Initiativen im Bundesrat und öffentliche Erklärungen unter Druck setzen.
- den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- 1315 • die Schließung des NATO-Truppenübungsplatzes Bergen in Niedersachsen, dem Logistikzentrum Wunstorf und anderen Militäreinrichtungen in Niedersachsen wie Munster und Nordhorn Range
- die Sperrung von Schienen, Häfen und Flughäfen für Rüstungsexporte und Kriegslogistik.
- die strikte Trennung von Polizei und Militär. Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist über den Bundesrat zu unterbinden.
- 1320 • die Erstellung eines jährlichen, öffentlich zugänglichen Rüstungsberichtes, in dem die Produktion, Erforschung sowie der Ex- und Import von Rüstungsgütern in Niedersachsen erfasst wird.



## Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit

1325 DIE LINKE Niedersachsen steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der Rüstungsproduktion sowie ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue Wirtschaftsstruktur welche der sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung unserer Gesellschaft dient. Wir setzen uns daher ein für:

- die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein Konzept zur Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet.
- eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert wird.
- einen „Masterplan Friedensflächen“, bei dem die bislang noch militärisch genutzten Flächen in zivil genutzte Flächen umgewandelt werden. Insbesondere soll die Heide zu einem UNESCO-Biosphärenreservat gemacht werden.
- Einer Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen Militäreinsatz belasteten Flächen auf niedersächsischen Gebiet aus Bundesmitteln
- die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren Katastrophenschutz.

## 1340 Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden

DIE LINKE Niedersachsen steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen sowie den vielen Kriegen von heute nicht vor Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen. Bildung, Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen aufklären, die Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität hervorheben und dazu ermuntern, für den Frieden aktiv zu werden. Wir setzen uns daher ein für:

- ein Verbot von Rüstungsforschung und für die Förderung von friedensorientierter Wissenschaft welche sich den sozialen und ökologischen Problemen unserer Zeit annimmt.
- ein Verbot von Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis und in der Ausbildung. Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!
- die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen, z.B. von Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen Erinnerungskultur, friedensorientierter Kunst und Kultur sowie den alljährlichen Friedensdemos.

- 1355 • die Entmilitarisierung Niedersachsens in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege.
- die Umbenennung von Straßen und Plätzen mit militaristischen und faschistischen Namen, nach humanistischen Persönlichkeiten.
- die Etablierung von antimilitaristischen Gedenktagen, wie dem Tag der Befreiung und dem Antikriegstag, als staatliche Feiertage.

1360

## Für ein ökologisches Niedersachsen

### Den unverzüglichen Atomausstieg realisieren

1365 Wir haben eine Vision eines strahlenfreien Niedersachsens für uns und unsere Nachfolgenerationen. Wir wollen nachfolgenden Generationen ein strahlenfreies Niedersachsen übergeben.

An keinem Ort in Deutschland ist so viel radioaktiv strahlender Müll gestapelt wie in Gorleben im niedersächsischen Wendland. Keine Region ist durch den Widerstand der dort lebenden Menschen und der vielen Tausend, die sie aus ganz Europa unterstützen, so zum Symbol des Kampfes gegen den atomaren Wahnsinn geworden.

1370 Das marode Atom Mülllager Asse II bei Wolfenbüttel gilt als das größte Umweltproblem des Landes. Im ursprünglich als "Versuchsendlager" bezeichneten Bergwerk verrotten rund 126.000 Fässer mit radioaktivem und chemotoxischem Müll und drohen das Trinkwasser für uns, unsere Kinder, Enkel- und Urenkelkinder bis hin zu Weser und Elbe zu vergiften.

1375 Laut Beschluss der Bundesregierung sollen die beiden niedersächsischen Atomkraftwerke Grohnde und Lingen noch bis Ende 2021 bzw. 2022 weiterbetrieben werden.

Die politisch Verantwortlichen für diese Verbrechen an der Zukunft unserer Kinder und für diese Brunnenvergiftung sitzen in Berlin, aber auch in Hannover und in den Landesregierungen der Vergangenheit. Aber auch der jetzigen SPD-Grünen Landesregierung ist es nicht gelungen, Gorleben als mögliche Endlageralternative endgültig zu streichen.

1380 DIE LINKE kämpft in enger Zusammenarbeit mit den BürgerInneninitiativen im Wendland, um Schacht Konrad, um die Asse, um die Atomkraftwerke Grohnde und Emslandn sowie der Brennelementefertigung in Lingen energisch für einen unumkehrbaren Atomausstieg und für eine andere Energiepolitik. Dabei konzentrieren wir uns auf folgende Kernforderungen:

- 1385 • Die Produktion weiteren Atommülls muss durch die unverzügliche Stilllegung aller Atomanlagen beendet werden.
- Alle Vorhaben, radioaktiven Abfall in Salz „end“zulagern, sind gescheitert. Sie müssen sofort eingestellt, das geologisch völlig untaugliche Endlager in Gorleben muss endgültig aufgegeben werden.
- 1390 • Der radioaktive und chemotoxische Müll in der Asse muss unverzüglich und vollständig zurückgeholt und sicher zwischengelagert werden; die Asse muss danach zügig saniert werden.
- Das Endlager Konrad darf nicht in Betrieb gehen.
- Die atomare Brennelementfertigungsanlage in Lingen muss geschlossen werden.
- Die niedersächsischen Häfen werden für den Transport von Atombrennstäben und Atommüll gesperrt.
- 1395 • Wir stellen uns gegen jegliche Bestrebungen, Atomanlagen inmitten oder in der Nähe von Wohngebieten zu schaffen oder zu vergrößern; wie es z.B. die Firma Eckert & Ziegler Nuclitec am Standort Braunschweig praktiziert.
- Wir setzen bei der Durchsetzung des unverzüglichen Atomausstiegs auf einen schnellstmöglichen Abschluss des Ausstiegs und auf eine sicher verbunkerte Aufbewahrung des Atommülls; jeder Lagerungsschritt muss technisch revidierbar sein.
- 1400

## Die Energiewende beginnt vor Ort

1405 Wir haben die Vision, die technisch möglich, ökonomisch vernünftig, ökologisch zwingend und politisch bei einer stärkeren LINKEN im Landtag und im Bundestag auch machbar ist: Die Gewinnung von Energie erfolgt ausschließlich aus erneuerbaren Quellen. Die kommunale Energieversorgung wird vor Ort transparent, demokratisch und dort wo möglich genossenschaftlich, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der betroffenen Beschäftigten organisiert.

1410 Sauberer Strom aus Wind, Sonne und Biomasse in Niedersachsen – zu Beginn ein vielfach belächeltes Unterfangen weniger Pioniere – ist lange seinen Kinderschuhen entwachsen. Sauberer Strom ist wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch von hohem Interesse: In vielen niedersächsischen Regionen, so auch in strukturschwachen Räumen wie in Ostfriesland entstehen tausendfach sichere Arbeitsplätze und das nicht nur in der Produktion, sondern auch im örtlichen Handwerk. Kommunen profitieren von den Gewerbesteuerereinnahmen der Windparks, regionale Wirtschaftskreisläufe werden gestärkt.

1415 Diese Beispiele zeigen, dass die Energiewende funktioniert, wirtschaftliche Entwicklung vor Ort schafft und akzeptiert wird. Doch sie stockt. Es passiert viel zu wenig von dem, was technisch machbar und politisch notwendig ist, um möglichst schnell vollständig aus der Atomkraft und fossilen Energieträgern

aussteigen zu können. Hauptgrund ist die Untätigkeit der Bundesregierung, in der die Lobby der Energiekonzerne eine konsequente Energiewende blockiert. Das überarbeitete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2016 deckelt den Ausbau der erneuerbaren Energien; die Vergütungen für den sauberen Strom werden reduziert. Das vorgeschriebene Ausschreibungsverfahren bevorzugt Investoren gegenüber Genossenschaften. Die Pariser Klimaschutzziele werden so nicht erreicht. Wirksamer Klimaschutz sieht anders aus – er ist untrennbar mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbunden, die CO2 neutral sind.

Auch die niedersächsische Landesregierung trägt ihren Teil dazu bei, weil sie die verschiedenen regionalen Initiativen nicht konsequent zu einem energiepolitischen Leitbild zusammenfügt, weil sie die Kommunen als mögliche Partner ignoriert und mit der Bevorzugung der Offshore-Windenergie eher die Kapitalinteressen der großen Energiekonzerne im Blick hat als eine ökologisch ausgewogene, sozial verträgliche und für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die Wirtschaft, kostengünstig und sicher ausgestaltete Energiewende. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die angewendeten Energieversorgungsstrukturen des letzten Jahrhunderts nicht eins zu eins auf regenerative Energiequellen übertragen werden können: Wind und Sonne, Biomasse und Wasser brauchen keine riesigen Kraftwerkseinheiten. Sie müssen nicht über tausende Kilometer transportiert werden. Produktion und Verbrauch können regional organisiert werden. Dazu braucht keiner die großen Energiekonzerne, die Strom für die privaten Haushalte und kleine Unternehmen viel zu teuer machen und deren Einfluss auf die Politik undemokratisch ist.

**1435 DIE LINKE setzt dagegen auf eine überwiegend dezentrale Versorgung der Bevölkerung und der niedersächsischen Betriebe aus vielfältigen regenerativen Energiequellen.**

▪ Die ökologische Energiewende aus energetischer Sanierung, Energieeffizienz und dem zügigen Ausbau dezentraler alternativer Energieversorgung muss mit Landesmitteln in Forschung und Umsetzung intensiv gefördert werden. Sie muss sozial gestaltet werden und geht einher mit einer Umkehr der Tarifstrukturen, nach denen bisher die KleinverbraucherInnen hohe, die GroßverbraucherInnen aber niedrige Tarife zahlen. Die Kommunen, in denen die Preisgestaltung sich vor allem an sozialen Kriterien orientiert, sind besonders zu fördern. Strom-, Wasser- und Gasabschaltungen sind gesetzlich zu untersagen.

▪ Dazu brauchen wir öffentlich kontrollierte, kommunal oder genossenschaftlich verwaltete Energiewerke, die die Möglichkeiten nutzen, durch intelligentes Stoffstrom-Management die erneuerbaren Energien vor Ort (Wasser, Wind, Sonne, Abwärmenutzung biologischer Prozesse) optimal miteinander zu verzahnen und mit energetischer Sanierung aller Gebäude zu verknüpfen. Das Land muss sowohl durch Forschungsförderung als auch durch direkte Förderung der Kommunen diese dezentrale Energiewende energisch unterstützen.

▪ Stromversorgungsnetze gehören in öffentliche Kontrolle, am besten in die Hand kommunaler Versorgungsverbände.

▪ Bei den Energiefirmen in Niedersachsen ist auf die Einhaltung gewerkschaftlicher Rechte und Tariftreue zu achten; andernfalls sind sie von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Gute Arbeit und gute Energie gehören zusammen.

- 1455
- Über die die landeseigene NBank soll flächendeckend eine Warmmieten-neutrale Förderung insbesondere von großen Wohnanlagen erfolgen (Stichwort: Mieterstromkonzept).
  - Die Landesregierung soll auf die Energieversorger einwirken, ihre Tarife so zu gestalten, dass eine preisgünstige Grundversorgung gewährleistet wird und zur Gegenfinanzierung überdurchschnittlicher Verbrauch teurer gemacht wird.
- 1460
- Bei der Förderungsgestaltung gilt: Lebensmittel gehören auf den Teller, nicht in Agrarsprit-Anlagen. Diese sollen nur mit heimischen landwirtschaftlichen Rückständen und nicht verfütterbarem Grünschnitt gespeist werden. Ein falsches Anreizsystem des „Erneuerbaren Energien-Gesetzes“ (EEG) fördert einseitig den Anbau der Monokultur Mais mit verheerenden ökologischen Folgen und Gefahren für die Wasserqualität.
- 1465
- Wir wollen aber die Vorzüge von Biogas nutzen und die mit ihr verbundenen negativen Auswirkungen begrenzen. Dazu ist es notwendig, den Kommunen mehr Planungsrechte einzuräumen. Dafür unerlässlich ist eine Änderung des Baugesetzbuches, wodurch ein kommunaler Planungsvorbehalt analog zu den Regelungen für die Genehmigung von Windenergieanlagen eingerichtet wird. Ebenfalls muss die Forschung und Entwicklung anderer
- 1470
- Stoffe als Mais für die Fütterung von Biogasanlagen vorangetrieben werden, um den Flächenverbrauch zu begrenzen und die Qualität des Grundwassers zu gewährleisten. Außerdem muss die entstehende Wärme genutzt werden.
  - Alle Landeseinrichtungen müssen umgehend auf regenerative Energieträger und auf Blockheizkraftwerke umgestellt werden.
- 1475
- Industrielle Abwärme soll in Fernwärmenetzen in die Wohnungen geleitet werden.
  - Bei der Windenergie muss vorrangig die Onshore-Windkraft gegenüber großen Offshore-Windparks genutzt werden. Mit einem eigenen niedersächsischen Repowering-Gesetz muss die Nutzung insbesondere von Onshore-Windkraftanlagen erleichtert und effektiviert werden.
- 1480
- Auch dezentrale Pumpspeicherwerke an existierenden Stauseen in Niedersachsens Mittelgebirge in Verbindung mit Biogas- und Photovoltaikanlagen können ergänzend umweltfreundliche Energie liefern.
  - Photovoltaik und Solarthermieanlagen auf Dächern insbesondere von öffentlichen Gebäuden erzeugen große Mengen regenerativer Energie ohne jeglichen zusätzlichen Flächenbedarf. Zudem wird dadurch die reale Energiewende für alle sichtbar.
- 1485
- Die Niedersächsische Klimaschutzagentur muss noch stärker als bisher den Weg für ein regeneratives Niedersachsen und effektiven Klimaschutz voranbringen – konzeptionell und finanziell.

- Über den Bundesrat muss Niedersachsen alles unternehmen, um die Förderung der Solarenergie im EEG insbesondere für Kleinanlagen im ausreichenden Maße zu erhalten.
- 1490
- Landesmittel für die Entwicklung der Speichereforschung müssen zur Verfügung gestellt werden.
  - Wenn die Energieversorgung dezentralisiert ist, können neue große Stromtrassen, falls überhaupt noch notwendig, deutlich reduziert und die dann noch notwendigen Trassen beispielsweise parallel zu Autobahnen geführt werden. Wir stehen daher an der Seite der BürgerInneninitiativen, die sich für eine dezentrale Energieversorgung und gegen die „Verspargelung ihrer Landschaft“ kämpfen.
- 1495
- Die von der LINKEN vorgeschlagene dezentrale Energiewende würde zu einer deutlichen Reduzierung des Ausstoßes von Klimagasen führen. Das wäre ein wirksamer Beitrag von Niedersachsen im Rio+20-Prozess, um zur Rettung des Weltklimas beizutragen.

1500 **Verkehrspolitik: Mobilität für alle – unverzichtbar für soziale Gerechtigkeit**

**Wir wollen** individuelle Mobilität für alle sichern – sie ist eine wichtige Grundlage der persönlichen Entfaltung. Daher ist ein konsequenter **Ausbau des ÖPNV** die Voraussetzung für ein soziales und ökologisches Verkehrssystem und eine zentrale landespolitische Herausforderung.

1505 **LINKE Verkehrspolitik** heißt, dass wir niemanden an der Haltestelle stehen lassen.

**LINKE Verkehrspolitik** umfasst stets eine starke soziale Komponente, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Wir müssen daher dafür sorgen, dass alle Menschen vernünftig an den Öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden – unabhängig von ihrem Wohnort oder Geldbeutel.

Die niedersächsische Verkehrspolitik braucht eine soziale und ökologische Wende.

1510 Landesregierung favorisiert wie ihre Vorgängerin einseitig den Straßenbau.

Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) versucht die Landesregierung durch die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) hier und da Qualitätskriterien festzulegen schlüssiges Gesamtkonzept fehlt.

1515 Für DIE LINKE gelten die Grundsätze der **Verkehrsvermeidung**, des Prinzips „Kurze Wege zu Fuß und per Fahrrad“ sowie der Verlagerung des Verkehrs auf Schiene und Wasserwege. Güterverkehr gehört weg von den Straßen: DIE LINKE steht ~~dagegen~~ für einen Wiederaufbau einer leistungsfähigen ~~der~~ Schienengüterverkehrsinfrastruktur.

Um die bestehenden Defizite zu beheben, wollen wir nach der Wahl **folgendes unternehmen:**

- Ein landesweites **Maßnahmenprogramm** für den barrierefreien Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und SPNV **durchsetzen**. Dazu gehören Mittel für die Auftraggeber wie
- 1520

die Großraumverkehr Hannover (GVH), den Zweckverband Großraum Braunschweig und andere Verkehrsverbände über die zu knappen Regionalisierungsmittel hinaus. Wir fordern die Weiterführung des Projektes Regiostadtbahn Braunschweig durch die LNVG. Niedersächsische Stadtbahn-Konzepte müssen diskutiert werden.

- 1525
- Einführung eines **integralen Studentaktes** bis in den späten Abend und an Wochenenden.
  - **Sicherung** einer vernetzten **Anbindung** jeder Ortschaft im Land.
  - Einführung eines einheitlichen, einfacheren und billigeren Tarifsystems für Busse und Bahnen in den niedersächsischen Verkehrsverbänden sowie die Einbeziehung der **Niedersachscard** als ersten Schritt hin zu einem entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr.
- 1530
- Umbau der Straßenplanungsämter des Landes und der Kommunen zu **Mobilitätszentren**, die alle Verkehrsträger gleichberechtigt in ihre Bedarfs- und Bauplanungen einbeziehen.
  - Starten eines niedersächsischen Fahrradwegausbauprogramms und Rechtsverpflichtung bei Landesstraßen zum Bau begleitender **Fahrradwege**.
  - Erstellung eines Infrastrukturprogramms für den Schienengüterverkehr: Kurzfristige Kapazitätserhöhungen, Schaffung von Ausweichstrecken, Förderung neuer Gleisanschlüsse, Neubau/Reaktivierung regionaler Güterbahnhöfe bei Beachtung der berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner an besserem **Schutz vor Schienenlärm**, wo das Verbot lauter Güterwagen ab dem Jahr 2020 nicht ausreichend ist.
- 1535
- 1540
- Hinterlandanbindung des Jade-Weser-Ports durch eine Bahn-Trassenführung, die auf Mensch und Natur Rücksicht nimmt. Die Hinterlandanbindung des Tiefwasserhafens muss entlang der A 29 geführt werden, damit die Oldenburger Innenstadt vom schweren Güterverkehr befreit ist.-
  - Die Alpha-Trasse bedeutet keine Entlastung und bringt keine ausreichende Kapazität. Die Neubau-Trasse entlang der Autobahn bzw. der Wiederbelebung früherer Güterverkehrstrassen muss weiter geprüft werden.
- 1545
- Das Strecken-Reaktivierungsprogramm der SPD-Grünen-Regierung war nicht mehr als ein Placebo. Die Forderung bleibt: Mindestens eine reaktivierte Bahnstrecke pro Jahr, Wiedereröffnung von Bahnhöfen, Trassensicherungsverträge gegen weiteren Abbau, Unterstützung örtlicher Initiativen.
  - Vom Land geförderter Schienenverkehr braucht keine 1. Klasse. Stattdessen soll **ausreichend** Platz für Rollstühle, Kinderwagen, Fahrräder und Gepäck zur Verfügung stehen. E-Scooter dürfen nicht vom Transport ausgeschlossen werden. Besonders stark genutzte Verbindungen mit längeren Zügen und Verstärkerzügen entlastet werden.
- 1550
- **Carsharing-Angebote** sowie die Errichtung von **Park- und Ride**-Stellplätzen für VerkehrspendlerInnen müssen **vom Land gefördert** werden.

- 1555
  - Der Gütertransport auf Flüssen muss **ökologisch ausgerichtet** werden. Binnenschiffahrtswege sind in Niedersachsen wichtige (Ergänzungs-)Transportwege für Massengüter und Containerfracht. Binnenschiffe müssen sich den zu befahrenden Flüssen anpassen.
  - Guter **Lärmschutz** entsprechend dem jeweiligen aktuellen Stand der Technik und Umgehungsstrecken an den Güterverkehrsstrecken zum und vom Jade-Weser Port sowie andernorts.
- 1560
  - Wir setzen uns gegen den Neubau der A20, der A33 und der **Verlängerung der A39** ein. Alternativen dafür sind die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße oder auch Umgehungsstraßen, wenn die Durchfahrtsverkehre sich nicht mittelfristig verlagern lassen.
  - Auf Bundesebene muss sich Niedersachsen **eindeutig gegen die Privatisierung von Autobahnen** wenden. Die niedersächsische Landesregierung muss ihren Widerstand gegen die Bundesfernstraßen-Gesellschaft des Bundes aufrechterhalten.

## 1565 **Soziale und ökologisch orientierte Landwirtschaft stärken**

1570 Unsere Vision: Landwirtschaft wird so praktiziert, dass der Boden und die Natur möglichst wenig geschädigt werden und die dort Tätigen ein ausreichendes wirtschaftliches Einkommen haben. Tiere sollen so gehalten werden, dass sie Platz haben, nicht verstümmelt werden und Arzneimittel nur bekommen, wenn sie krank sind. Wir wollen eine Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft im Einklang mit der Natur. Nachhaltiges Wirtschaften soll belohnt werden.

1575 Viele landwirtschaftlich geführte Familienbetriebe kämpfen in Niedersachsen um das Überleben. Während die Boden- und Pachtpreise ständig steigen, reichen die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte schon lange nicht mehr zur Sicherung der bäuerlichen Existenz. Massentierhaltung, Gentechnik und chemische Rückstände in Fleisch und Boden zerstören die Grundlagen der Lebensmittelproduktion auf Dauer und gefährden über Nitrateinträge das Trinkwasser. Die Böden werden zur Beseitigung tierischen Abfälle missbraucht. Pestizide wie das krebserregende Glyphosat sind inzwischen in vielen Nahrungsmitteln, in der Muttermilch und dem Urin vieler Menschen nachweisbar.

1580 Die Fleischproduktion in Niedersachsen wird immer noch durch Massentierhaltung bestimmt. In den Schlachthöfen gelten Niedriglöhne und der Missbrauch von Werkverträgen. Der exzessive Import von Futtermitteln und Export von Fleisch führt zur Ausbeutung der Bäuerinnen und Bauern in Drittländern. Unter grausamen Bedingungen werden Schlachttiere auf engstem Platz zusammengepfercht durch die Republik transportiert.

Niedersachsen hat beim ökologischen Landbau großen Nachholbedarf.

1585 DIE LINKE fordert:

- Nahrungsmittelproduktion darf nicht dem Markt allein überlassen werden. Bäuerinnen und



Bauern brauchen Erzeugerpreise, die ein Mindesteinkommen sichern. Überproduktion ist durch Mengenregulierung wie z.B. die Milchquote zu regulieren. Transferzahlungen sollten an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein.

- 1590
- Verbesserte Programme zur Förderung des ökologischen und regionalen Landbaus.
  - Regulierung der Bodenpreise. Bekämpfung der Bodenspekulation.
  - Förderung innerbetrieblicher Kreisläufe; mehr Tierfutter soll auf eigenen Böden produziert werden.
- 1595
- Biogasanlagen für pflanzliche Abfälle, nicht für den Missbrauch des Bodens mit der Monokultur Mais.
  - Enge Begrenzung und Kontrolle der Einbringung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln auf landwirtschaftlichen Flächen
  - Niedersächsische Bundesratsinitiative für ein Ausbringungsverbot von Glyphosat in Deutschland
  - Demokratisierung des landwirtschaftlichen Kammergesetzes
- 1600
- Bundesratsinitiative zur Neuregelung der landwirtschaftlichen Sozialgesetzgebung: Beitragshöhe nach dem Einkommen, nicht nach der Fläche.
  - Artgerechte Tierhaltung fördern durch bessere Standards für Platzangebot und Auslauf. Verbot von Antibiotika als Masthilfe, schärfere Kontrollen des Arzneimitteleinsatzes, orientiert an der Tiergesundheit und nicht an der Profitmaximierung
- 1605
- Bundesratsinitiative zur Einführung von Tierzahl-Obergrenzen in Betrieben der Massentierhaltung
  - verstärkte Kontrollen gegen tierschutzwidrige Transporte vorgehen.
  - Statt „Vermaisung“ der Landschaft Förderung der Artenvielfalt des Ackerbaus in geordneter Fruchtfolge
- 1610
- Beschränkung von Biogasanlagen auf landwirtschaftliche Abfallprodukte.
  - Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände
  - Unterstützung des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft

## Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Schutz und Beratung

1615

**Wir wollen**, dass in **Zukunft** jeder **Mensch** sicher sein kann, dass Essen nicht krank macht. Wir stehen für einen sinnvollen Konsum: Statt kurzlebiger Produkte, die die Müllberge unnötig anwachsen lassen, wollen wir Geräte, die Arbeit schaffen, weil sie zu reparieren sind.

1620

Unter der früheren CDU-geführten Landesregierung ist das Vertrauen vieler Verbraucherinnen und Verbraucher in die Qualität unserer Lebensmittel zurückgegangen. Das hat zwei handfeste Gründe. Zum einen ist es das Ergebnis der sogenannten neoliberalen Ideologie, nach der der Markt alles richten sollte. Es liegt in der Logik dieses Gedankens, dass der Staat sich herauszuhalten habe aus dem „freien Spiel der Kräfte“ zwischen ProduzentInnen und VerbraucherInnen. Zum anderen sind als Ausfluss dieser ideologischen Verblendung die Stellen im Bereich des VerbraucherInnenschutzes massiv gekürzt worden.

1625

Aber auch unter der jetzigen SPD-Grünen Landesregierung ist im Landesdienst trotz der gestiegenen Komplexität von verbraucherInnenrelevanten Produktionsprozessen nicht mehr, sondern Jahr für Jahr weniger fachkundiges Personal tätig, um die Sicherheit der von uns konsumierten Lebensmittel zu überwachen.

1630

DIE LINKE fordert daher:

Der landwirtschaftliche **VerbraucherInnenschutz** wird über die in Kapitel IIIb,13 dieses Programms genannten Maßnahmen hinaus verbessert, indem die Stellen und Mittel für die Lebensmittelkontrollen und Weiterbildung im Landwirtschaftsministerium deutlich aufgestockt werden.

1635

- Alle **Lebensmittel**, vor allem aber Fleischprodukte, sollen hinsichtlich ihrer Herkunft, Erzeugungsweise und ihrer Inhaltsstoffe klarer gekennzeichnet werden.
- Es muss eine mengenunabhängige Kennzeichnungspflicht von Zusatzstoffen in Lebensmitteln erfolgen.
- Zum VerbraucherInnenschutz gehört der **Schutz** vor gefährlichen Chemikalien in Produkten ebenso dazu wie die Aufklärung über den geplanten Verschleiß von Dingen, die im VerbraucherInneninteresse länger benutzt werden könnten.

1640

- Wir fordern daher **Mittel** für den Aufbau von Reparaturbetrieben, damit es eine Alternative zur Wegwerfgesellschaft gibt. Mit einem Pilotprogramm aus Landesmitteln sollen kleine Handwerksbetriebe gefördert werden, die so subventioniert Haushaltsgeräte und andere Dinge des täglichen Bedarfs reparieren. Durch eine Bundesratsinitiative sollen sie außerdem in den Genuss einer reduzierten Mehrwertsteuer von sieben Prozent kommen.

1645

## Niedersachsen – im Einklang mit der Natur

1650 Niedersachsen als Flächenland hat eine reichhaltige Natur. Natürliche Landschaftsbereiche, Pflanzen und Tiere sind aber auch hier in Gefahr. Mehr als die Hälfte der Fläche Niedersachsens wird landwirtschaftlich genutzt und ist mit der verbreiteten industriellen Landwirtschaftsweise nicht als Natur zu bezeichnen. Unser Wald, der für die CO<sub>2</sub>-Bilanz und als Lebensraum eine wichtige Rolle spielt, wird in erster Linie als Holzlieferant gesehen. Für eine möglichst gewinnsteigernde Waldnutzung werden Baumarten angepflanzt, die schnell viel brauchbares Holz liefern. Monokultur-Forste und Verfälschung des heimischen Baumartenspektrums gefährden das Gleichgewicht der Arten und ihre Vielfalt.

1655 Zunehmend werden Flächen versiegelt, die somit für eine natürliche Wasserversickerung nicht mehr zur Verfügung stehen. Flüsse werden tiefer ausgebaggert und kanalisiert statt sie in ihrem natürlichen Verlauf mit Überflutungsflächen und einem natürlichen Mündungsgebiet zu erhalten. Das Grundwasser wird durch zu viel Wasserentnahme abgesenkt.

1660 Altlasten und Salzeinleitung in die Werra durch den Konzern „Kali und Salz“ sowie Pestizide wie Glyphosat und Düngereintrag aus Intensivlandwirtschaft vergiften Wasser, Boden und Luft und damit auch den Menschen.

Für große Gaskavernenprojekte in Ostfriesland wird hochkonzentrierte Salzsole in die Ems und die Nordsee verklappt; die Genehmigung der Gaspipelines und Kavernenlager erfolgt auf der Grundlage des Bergrechts, das AnwohnerInnenrechte nahezu vollständig ignoriert.

1665 Gefördert mit öffentlichen Mitteln werden von großen Erdgasfirmen bei der Erdgassuche und -förderung hochgiftige Chemikalien in den Untergrund verpresst („Fracking“), was in mehreren Regionen bereits zu Grundwasserschäden sowie Erdbebenschäden geführt hat. Auch wenn es in den letzten Jahren bis Ende 2016 beim Fracking wegen der ungeklärten Rechtslage auf Bundesebene ein erzwungenes Moratorium gegeben hat, sitzt Wirtschaftsminister Lies (SPD) nun nach der Pro-Fracking-Entscheidung des Bundestages schon in den Stadtlöchern, um den Energiemultis grünes Licht für neue Fracking-Aktivitäten zu geben.

1670

Nicht nur in Stadtgebieten ist es zu laut, auch an Bahnstrecken und Flugschneisen außerhalb der Städte nimmt die gesundheitsgefährdende Lärmbelastung zu.

1675 Das Bundesnaturschutzgesetz fordert in § 59 den freien Zugang zur Natur überall. Das wird immer mehr eingeschränkt – so in vielen Bereichen am Nordseestrand, weil Naturflächen zunehmend privatisiert werden.

DIE LINKE will unsere Natur in ihrer Vielfalt schützen und fordert deshalb:

- Keine Abholzung von Alleen unter dem Vorwand der Unfallvermeidung
- Keine Versiegelung weiterer Flächen – stattdessen: Entsiegelung ungenutzter Flächen

- 1680
- Ausweitung von Grünflächen für die Erhöhung der Lebensqualität – Erhalt und Ausweitung innerstädtischer Grünbereiche –
  - Ausgleichsflächen im Rahmen von Baumaßnahmen müssen in räumlicher Nähe errichtet werden
  - Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten und ausweiten, - Biotopverbünde stärken  
Ausweitung der LÖWE-Schutzziele auch auf private Waldflächen
- 1685
- Keine Weser-, Elbe- oder Emsvertiefung
  - Niedersachsen soll die Initiative für ein gemeinsames norddeutsches Hafenkonzept ergreifen
  - Wiederherstellung natürlicher Flussverläufe
  - Rückverlegung von Deichen zur Schaffung von Flächen, auf denen sich das Wasser ausdehnen kann
- 1690
- Abstimmung mit Hessen und Thüringen mit dem Ziel des Verbots einer weiteren Versalzung von Werra und Weser
  - Genehmigungsverfahren für Gaskavernen und -leitungen müssen unter das Umweltrecht mit verbindlicher Umweltverträglichkeit gestellt werden.
  - Totalverbot des Frackings
- 1695
- Schaffung eines Fonds zur landesweiten Altlastensanierung unter Heranziehung der Industrie
  - Landesweites Lärmschutzprogramm unter Einschluss eines Nachtflugverbotes für niedersächsische Flughäfen
  - Freier Zugang zur Natur überall, insbesondere an der gesamten niedersächsischen Nordseeküste

1700 Die Vision der LINKEN ist, dass unsere Kinder und Kindeskinde viele verschiedene Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten erleben können. Die Luft, die wir atmen, und das Wasser, das wir trinken, müssen frisch, sauber und gesund sein.

**Redaktioneller Hinweis: hier folgt später noch ein Glossar.**